ExtraBlatt

ZEITUNG FÜR DIE BÜRGER DER DDR

Berlin, Februar/März 1990 Herausgegeben vom Vorstand der SPD Lesen und weitergeben!

SPD will Einheit sozial absichern

Gemeinsamer Ehrenvorsitzender Willy Brandt nennt SPD „das soziale Gewissen der nationalen Einheit“

Auf ihrem Parteitag in Leipzig haben die Sozialdemokraten mit einem „Fahrplan zur deutschen Einheit" ein deutliches Signal in Richtung Bonn gesetzt: Als Regierungspartei werden sie der Regierung unter Kanzler Kohl nach dem 18. März keinen Raum für weitere Verzögerungen lassen, die Einheit auf den Gebieten, wo sie jetzt schon möglich ist, zu vollziehen.

Selbstbewußt und entschieden benennt die SPD die Felder, auf denen sich ein wahltaktischer Aufschub entsprechender Einigungsschritte nicht länger hinnehmen läßt. Sie nennt vor allem die Gebiete, die für das tägliche Leben der Menschen von Bedeutung sind: Währung, Wirtschaft, soziale Sicherheit, Verkehr, Kommunikation und Umwelt. Der neu gewählte Vorsitzende der DDR-SPD, Ibrahim Böhme, stimmte dabei der Einschätzung seines Vorsitzendenkollegen aus der Bundesrepublik, Hans-Jochen Vogel, ausdrücklich zu. Auf diesen Feldern könne die Einigung bereits vorbereitet und organisiert werden, auch wenn und „solange die bündnisrelevanten Fragen noch Gegenstand der Verhandlungen sind".

Beide unterstrichen, daß bei diesem Einigungsprozeß die soziale Absicherung der Menschen und die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit keinen Augenblick aus den Augen zu verlieren seien, und zwar weder in der DDR

> „Der Zug der Einheit rollt. Jetzt kommt es darauf an, daß niemand unter die Räder kommt. Das zu verhindern, ist wichtiger als der Komfort derjenigen, die erster Klasse fahren."
>
> Willy Brandt

noch in der Bundesrepublik. Vogel wörtlich: „Wir haben es nicht mit Rechenfaktoren, sondern mit lebendigen Menschen zu tun. Und die darf man nicht überfordern."

Der seit diesem Parteitag gemeinsame Ehrenvorsitzende von DDR-SPD und SPD der Bundesrepublik, Willy Brandt, setzt bei den sozialen Folgen des Einigungsprozesses darauf, „daß die Sozialdemokratie hier an ihre besten Traditionen anknüpft und sich neu bewährt — als das soziale Gewissen der nationalen Einheit".

Den Delegierten rief Brandt zu: „Der Zug der Einheit rollt. Jetzt kommt es darauf an, daß niemand unter die Räder kommt. Das zu verhindern, ist wichtiger als der Komfort derjenigen, die erster Klasse fahren." Gemeinsame Botschaft der drei Vorsitzenden: Mit den Sozialdemokraten braucht niemand Angst zu haben.



Garanten für die Einheit: Willy Brandt und Ibrahim Böhme waren die gefeierten Politiker-Stars auf dem SPD-Parteitag in Leipzig. Bei der Wahl zum Ehrenvorsitzenden erhielt der frühere Bundeskanzler stehende Ovationen; Ibrahim Böhme wurde mit überwältigender Mehrheit zum SPD-Vorsitzenden gewählt. Die Glückwünsche Brandts waren besonders herzlich. Brandts Wunsch: Der SPD-Spitzenkandidat Böhme soll nach der Volkskammerwahl am 18. März Ministerpräsident werden. Foto: Toni Nemes

Ibrahim Böhme führt die Partei

Parteitag in Leipzig: Bekenntnis zur Marktwirtschaft

Der erste Parteitag der SPD in der DDR wählte den 46jährigen Historiker Ibrahim Böhme zum Vorsitzenden der Partei. Die SPD bekennt sich zur Marktwirtschaft, die „demokratisch, sozial und ökologisch orientiert" sein soll.

In der „Heldenstadt" Leipzig fand am vergangenen Wochenende der erste Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in der DDR statt. Zu ihrem neuen Vorsitzenden wählten die 524 Delegierten, die aus allen Bezirken der DDR angereist waren, den bisherigen Geschäftsführer der Partei, Ibrahim Manfred Böhme. Der 46jährige, der zu denen gehört, die die SPD (damals noch SDP) im Oktober 1989 wiedergründeten, erhielt mehr als neunzig Prozent der Delegiertenstimmen.

In ihrem neuen Grundsatzprogramm sprechen sich die Sozialdemokraten für die Errichtung einer „sozialen Demokratie" aus und erklären weiter: „Wir wollen jetzt in der DDR und bald in einem geeinten Deutschland frei, sicher und gleichberechtigt zusammenleben."

Außerdem verabschiedete der Parteitag eine Wahlplattform für die Volkskammerwahlen am 18. März, die einen detaillierten „Fahrplan zu deutschen Einheit" enthält. Der frühere BRD-Bundeskanzler Willy Brandt, der von der SPD der DDR zu ihrem Ehrenvorsitzenden gewählt wurde, warnte vor einem „hektischen Anschluß" der DDR und empfahl einen „vernünftigen Zusammenschluß" beider deutscher Staaten. Dabei müsse „eine neue Verfassung" ausgearbeitet werden. Die westdeutschen SPD-Politiker Oskar Lafontaine und Hans-Jochen Vogel richteten heftige Angriffe auf Bundeskanzler Helmut Kohl.

Zu den drei Stellvertretern Böhmes wurden Markus Meckel, Angelika Barbe und Karl-August Kamilli gewählt. Geschäftsführer ist Stephan Hilsberg, Schatzmeister Hinrich Kuessner. Dem insgesamt 33köpfigen Landesvorstand gehören zehn Frauen an. Das neue Organisationsstatut sichert den Frauen in allen zu wählenden Gremien der SPD einen 30-Prozent-Anteil.

SPD macht Frauen stark

Als erste Partei in der DDR hat die SPD eine Frauenquote eingeführt. In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die Partei für die „tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft" aus.

Das in Leipzig beschlossene Organisationsstatut der SPD gibt Männern und Frauen „das Recht, in allen zu wählenden Gremien der Partei mit mindestens 30 Prozent vertreten zu sein". Dieser Quote entsprechend wurden zehn Frauen in den 33köpfigen Landesvorstand der Partei gewählt. Zu einer von drei stellvertretenden SPD-Vorsitzenden wurde die Berlinerin Angelika Barbe bestimmt. Die Arbeit in traditionellen Frauenberufen muß nach Auffassung der SPD „gerechter entlohnt" werden. Frauen bräuchten auch „bessere Aufstiegschancen". Ziel der SPD sei eine Gesellschaft, in der „Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenleben und die Lasten der Haus-, Familien- und Berufsarbeit angemessen untereinander aufteilen". Nach der Geburt oder bei Krankheit von Kindern sollte Vätern und Müttern wahlweise die Freistellung von Berufsarbeit ermöglicht werden. Während der ersten Lebensjahre eines Kindes müßten Väter und Mütter einen „längeren Erholungsurlaub" nehmen können und Erziehungsgeld erhalten. Kindererziehungszeiten müßten auf die Rentenzahlung angerechnet werden.



Stärke aus Gemeinsamkeit

Das Motto des Leipziger Parteitages der Sozialdemokraten kommt nicht von ungefähr: „Die Zukunft hat wieder einen Namen: SPD." Es zielt auf Lebenslage und Lebenswünsche der Menschen in der DDR. Es umschließt aber zugleich die Hoffnungen der Bevölkerungen in beiden deutschen Staaten. Und es verweist selbstbewußt auf das konkrete und verantwortungsorientierte Handeln der sozialdemokratischen Parteien in beiden Teilen Deutschlands. Es ist ein Handeln, das nicht vom Vereinnahmen bestimmt ist, sondern von enger politischer Zusammenarbeit und Arbeitsteilung gleichberechtigter Partner.

Die programmatische, aber auch tagespolitische Nähe beider deutschen sozialdemokratischen Parteien sichert für die Deutschen in beiden aufeinanderzuwachsenden Staaten Schutz: Schutz der Bevölkerung der DDR. Zum Beispiel davor, wovor Ibrahim Böhme in Leipzig warnte: daß die Bevölkerung der DDR nun auch noch den Preis für die deutsche Einheit zahlt, nachdem sie bereits den Preis für die deutsche Teilung gezahlt hat. Schutz aber auch der Bevölkerung der Bundesrepublik vor weiterer sozialer und Arbeitsplatzunsicherheit, wenn etwa die bundesdeutsche Industrie versuchen sollte, Arbeitnehmer (Ost) gegen Arbeitnehmer (West) auszuspielen. Schutz schließlich auch durch Gegensteuern vor den nationalen und internationalen Folgen gönnerhafter Großspurigkeit und Überheblichkeit der gegenwärtigen Bonner Regierung.

Schon jetzt aber kann sich die SPD der DDR der Solidarität der europäischen und internationalen Sozialdemokratie erfreuen — durch ihre Rolle in der von Willy Brandt geführten Sozialistischen Internationale und im Bund der europäischen sozialdemokratischen Parteien.

Bei der Wahl am 18. März auf die SPD setzen, heißt also, auch auf die Kraft einer großen Familie setzen, national und international. Es heißt von vornherein, auf die Sicherung der Einheit durch gemeinsames Handeln mit Freunden setzen.

Wes Brot ich eß . . .

Als während der friedlichen Revolution Woche für Woche Hunderttausende in ihren Städten „Wir sind das Volk" riefen, ließ im Bonner Konrad-Adenauer-Haus ein Herr Rühe die Druckmaschinen anwerfen. Getreu dem Motto seines Herrn (Kohl), „entscheidend ist, was hinten rauskommt", ließ er Aufkleber produzieren. „Wir sind ein Volk", hieß es da plötzlich. Das stimmte zwar, aber war doch etwas anderes: Aus einer Erhebung des Volkes für Demokratie und Menschenrechte wurde eine Bewegung des Volkes für nationale Einheit. Auch dagegen ließ sich nichts einwenden, wenn dabei nichts unter die Räder geriet.

Jetzt aber schallt denen, die „Wir sind das Volk" riefen, aus Bonn ein neuer Ruf entgegen. „Wir sind die D-Mark", heißt es auf einmal. Hier das Volk, dort die DM? und: „Wer zahlt, schafft an?"

Die „Allianz für Deutschland" präsentiert ihre Wahlkampfplakate und Wahlkampfflugblätter nicht in Berlin, sondern in Bonn und noch nicht einmal selbst: Sie überläßt das eben diesem Herrn Rühe, Generalsekretär der West-CDU.

Wen wundert es da, daß — neben dem ehedem noch seriösen „Demokratischen Aufbruch" und der aus München ferngegründeten DSU — da auch eine Partei an diese neuen Fleischtöpfe drängt, nachdem die alten nicht mehr von der SED mit Nahrung gespeist werden: die CDU der DDR?

Wen wundert es, daß über sie eine Verleumdungskampagne gegen die Sozialdemokraten aus dem Konrad-Adenauer-Haus in die DDR getragen wird? Hans-Jochen Vogel hat dankenswerterweise in Leipzig dem Absender im Bonner Adenauer-Haus direkt geantwortet: Wer die sozialdemokratischen Opfer der vergangenen vierzig Jahre schmähe und gleichzeitig selbst eine Blockpartei unterstütze, die alle Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit bis hin zum Schießbefehl mitgetragen und mitgemacht habe, „der verdient nicht nur Zurückweisung, der verdient Verachtung".

Wer zu spät kommt . . .

Auf ihrem Parteitag im Dezember konnte sie sich zur Selbstauflösung nicht entscheiden. So bleibt der jetzt unter PDS firmierenden, zwischenzeitlich mit SED-PDS ummäntelten, alten SED nun immerhin das Urerlebnis der Begegnung mit der ersten wirklich freien Wahl am 18. März, die sie vierzig Jahre meiden mußte wie der Teufel das Weihwasser. Sie weiß, was auf sie zukommt — nach allem, was sie in diesen vierzig Jahren den Menschen in der DDR zugemutet hat.

Dennoch: Die PDS wehrt sich gegen die einzig konsequente Erkenntnis, daß sie zwar ihren alten Parteinamen verhüllen kann, aber nicht das Gedächtnis der Leute, was sie unter ihrem Namen SED angerichtet hat. Und sie greift gar zum antiken Mittel des Trojanischen Pferdes, um sich unter dem hohen Ansehen von Hans Modrow doch noch in größerer Zahl in die erste demokratisch legitimierte Volkskammer einschleichen zu können.

Modrow hat lange gezögert, ehe er sich dafür hergab. Das ehrt ihn, wie ihn ehrt, daß er das Land nicht vollends ins Chaos versinken ließ. Vielleicht ist für ihn diese Kandidatur, da er seinen Laden kennt, so etwas wie ein kleineres Übel. Dennoch: Gerade dieses Manöver symbolisiert, daß auch für die PDS unter seinem Ehrenvorsitz und für ihn selbst das auf andere gemünzte Wort „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" unentrinnbar gilt. Und daß Modrow dies weiß.

Kindern ein attraktives Freizeitangebot machen

SPD will Industriegesellschaft kindgerecht umbauen

Die SPD tritt für einen kindgerechten Umbau der Industriegesellschaft ein. Dies erklärte die stellvertretende Vorsitzende der Partei, Angelika Barbe, auf dem ersten Parteitag der SPD in Leipzig.

Kinder sollten nach Auffassung der SPD-Politikerin Ganztagsschulen besuchen können, wenn die Eltern dies wünschten. Dabei sei ein „attraktives Freizeitangebot" am Nachmittag und eine „verbesserte Schulspeisung" zu gewährleisten. Ferner solle der Breitensport in der DDR gefördert werden. Bezahlter Schwangerschaftsurlaub, Erziehungsgeld und Anrechnung der Erziehungszeiten auf die Renten seien, so Barbe weiter, „notwendige Unterstützungsmaßnahmen besonders für Alleinerziehende und für die Kinder unseres Landes". Die Sozialdemokraten müßten für den „kindgerechten Umbau der Industriegesellschaft" eintreten.

Ausdrücklich wandte sich die stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokraten in der DDR gegen „das CDU-Modell", welches die Berufstätigkeit der Frauen und ihr Selbstbestimmungsrecht in Frage stelle. Die Frauen forderten „als Hälfte der Menschheit die Teilhabe an politischer Macht".



Diskussionsrunde am Rande des SPD-Parteitags: Frauen beraten ihre Strategie. Foto: Toni Nemes

Renten, Löhne, Kindergeld und Stipendien würden nach Aussage Angelika Barbes im Zuge des Abbaus der Subventionen in der DDR spürbar erhöht. Dabei müßten die Renten jährlich den steigenden Nettolöhnen angepaßt werden. Die SPD wolle auch ein Wohngeld einführen.

Ausdrücklich wandte sich Frau Barbe dagegen, die Bodenreform rückgängig zu machen. Genossenschaftsbauern, die einen bäuerlichen Privatbetrieb gründen wollten, sollten einen Anspruch darauf haben, Grund und Boden zu erhalten.

Die SPD, versicherte Angelika Barbe weiter, bekenne sich zum „Recht auf Arbeit". Sie wisse aber zugleich, daß Arbeitslosigkeit „nicht gänzlich vermieden" werden könne. Deshalb wolle die Partei eine Arbeitslosenversicherung einführen. Außerdem sollten in ausreichendem Maße „Umschulungen und Qualifizierungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder müßten erhalten bleiben, allerdings, so Barbe, „unter verbesserten Bedingungen".

Die Sozialdemokraten, faßte Barbe ihre Vorstellungen zusammen, wollten „die Sozial-, Währungs- und Wirtschaftsunion in einem Anpassungsprozeß politisch so gestalten, daß die Interessen unserer Bürger verantwortungsbewußt von uns vertreten werden können".

Außerdem unterbreitete die Sozialdemokratin den Vorschlag, einen gemeinsamen deutschen Feiertag zu schaffen. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende nannte den Tag, an dem eine von beiden Parlamenten ausgearbeitete und vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung in Kraft trete.

Allianz betreibt unfairen Wahlkampf

„Rufmord und Schlammschlachten"

Scharfe Kritik an den Wahlkampfmethoden der „Allianz für Deutschland" hat SPD-Geschäftsführer Stephan Hilsberg geübt. Auf dem Leipziger Parteitag warf er der konservativen Gruppierung vor, einen „unfairen Wahlkampf", Schlammschlachten" und „Rufmordkampagnen" gegen die SPD zu führen.

Unter dem Beifall der rund 500 Delegierten erinnerte Hilsberg daran, daß die an der von der bundesdeutschen CDU/CSU unterstützten Allianz beteiligte CDU der DDR „früher Erich Honecker gefolgt" sei, „heute folgt sie Helmut Kohl".

Weiter sagte der SPD-Politiker, daß es jetzt darauf ankomme, die alte, von der SED beherrschte Bürokratie zu entmachten. Das könne aber nicht heißen, 2,3 Millionen ehemalige Mitglieder der SED auszugrenzen. Wenn sie Aufnahmeanträge in die SPD stellen, müßten diese allerdings sorgfältig geprüft werden.

Hilsberg wandte sich in diesem Zusammenhang gegen „Rufmordkampagnen" der Konservativen. Die behaupteten wider besseren Wissens eine Unterwanderung der SPD durch die SED.

Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Karl-August Kamilli äußerte sich besorgt über die sich im Lande ausbreitende Intoleranz und Ausgrenzung Andersdenkender. Das habe man über 40 Jahre gehabt, sagte er in Leipzig. Seine Forderung: „Dieser Mief darf nicht wieder hochkommen."

Ferner bedauerte Kamilli, daß die Zeiten vorbei seien, in denen die demokratische Opposition gemeinsam und in gegenseitiger Achtung bestrebt war, Antworten auf dringende Fragen zu geben. Die früher beschworene Gemeinsamkeit der Demokraten sei ein Blütentraum von gestern.

Stephan Hilsberg unterstrich den Anspruch der SPD, nach den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März die politische Verantwortung in der DDR zu übernehmen und die Schlüsselpositionen zu besetzen. Die SPD sei die einzige unbelastete gesamtdeutsche Kraft, die die „Vielfalt der Einheit" gestalten könne. Dafür spreche sie mit ihrer Schwesterpartei aus der Bundesrepublik mit einer Stimme.

Hilsberg: SPD wird stärkste Gruppierung

SPD-Geschäftsführer Stephan Hilsberg geht davon aus, daß die SPD bei der Wahl zur Volkskammer die stärkste Fraktion wird. In einem Rundfunkinterview meinte er, daß seine Partei einen Stimmenanteil „zwischen 35 und vielleicht knapp 40 Prozent" bekommen werde. Auf alle Fälle — auch wenn sie die absolute Mehrheit erreiche — werde die SPD eine Koalition anstreben: „Die Aufgaben sind einfach viel zu groß." Für die Bildung einer Koalitionsregierung rechnet Hilsberg mit ein bis zwei Wochen nach der Wahl. Es sei wichtiger, „eine künftige Regierung baut auf einer Grundlage auf, als daß sie mit einer heißen Nadel genäht wird".

Impressum

Herausgeber:
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Rungestraße 3–6, 1020 Berlin, Telefon 27 40 00
Verantwortlich:
Stefan Finger
Druck: J. D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH, Kommanditgesellschaft, Industriestraße, 4800 Bielefeld 11, Tel. (0 52 05) 14 0

Böhme-Porträt

In Politik und Alltag stets Rückgrat gezeigt

Nach seinem Alter gefragt, antwortet Ibrahim Böhme verschmitzt lächelnd: „Die Leute gehen davon aus, daß ich mit jedem Tag einige Jahre jünger werde." Es scheint in der Tat so zu sein: In den Medien der Bundesrepublik hat sich im Herbst vergangenen Jahres die Altersangabe von 41 oder 40 Jahren eingeschlichen. Als der mittlerweile international gefragte Politiker kürzlich in Paris war, wurde er den Franzosen gar als 36jähriger vorgestellt.

Wie alt ist der auf dem Leipziger Parteitag gewählte SPD-Vorsitzende nun aber wirklich? Der Vollwaise Ibrahim Manfred Böhme, der bereits im ersten oder im zweiten Lebensjahr seine Eltern verloren hat, weiß es nicht genau. Gesichert ist aber, daß er im November 1944, mit großer Wahrscheinlichkeit am 18., geboren wurde.

In Heimen und bei Pflegeeltern wächst der Junge in den Nachkriegswirren in und um Leipzig auf, entdeckt früh die „Identität im Kollektiven", schließt sich auch mal für einige Wochen einer „richtigen Jugendbande" in der Gegend um den Leipziger Hauptbahnhof an. Später fasziniert ihn das Buch von Klaus Bastian „Moral der Banditen"; fast schwärmerisch spricht er von der „revolutionär-romantischen Gemeinschaftlichkeit"

Stolpersteine

Sein Gerechtigkeitssinn ist schon in frühen Jahren stark ausgeprägt. So erinnert sich einer seiner Mitschüler aus der Zentralschulzeit, wie Ibrahim als Neunjähriger während einer Kinderfreizeit seine Kameraden beschämt, als er Partei für einen Invaliden ergreift, der von den Kindern als „Zwerg Nase" verspottet und mit Schneebällen beworfen wird.

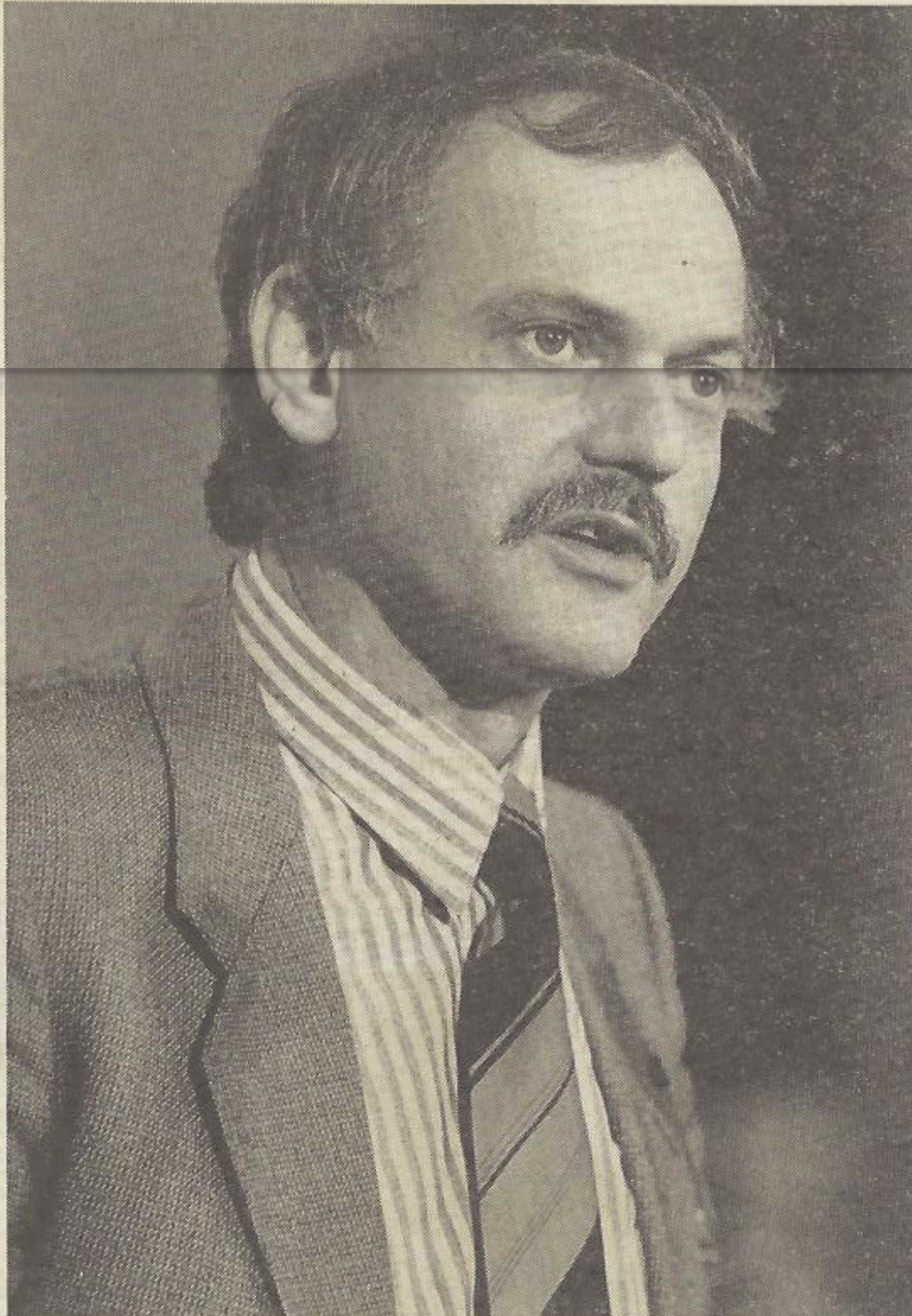
Gerechtigkeitssinn und Standfestigkeit beweist Böhme auch auf seinen nächsten Stationen. Die hoffnungsvolle Begabung wird schwer dafür bezahlen und immer wieder Stolpersteine in den Weg gelegt bekommen. 1961 beendet Ibrahim Böhme die 10. Klasse mit dem Prädikat „ausgezeichnet", beginnt eine Maurerlehre und macht parallel dazu in der Abendschule ein zielgerichtetes Abitur.

In dieser Zeit wird er — als 17jähriger — Mitglied der SED. „Ohne gedrängt zu werden", erzählt er dem ExtraBlatt, „mit allem, was man in diesem Alter ‚vollste Überzeugung' nennen kann."

Geprägt durch seine Lehrer und Erzieher — alles gestandene Kommunisten —, glaubt der junge Böhme fest daran, „daß die SED als Einheitspartei die einzige Kraft sein könne, die eine heile Gesellschaft errichten kann".

Erste Zweifel kommen 1967. Der mittlerweile als Lehrer an der Betriebsberufsschule der Leuna-Werke „Walter Ulbricht" unterrichtende Böhme kritisiert auf einer Parteiaktivtagung den SED-Ausschluß des „Renegaten" Robert Havemann. Das ist mit seinem Verständnis von Toleranz gegenüber Andersdenkenden nicht zu vereinbaren. Die Quittung folgt prompt: Abbruch des Fernstudiums für die Fächer Geschichte und Deutsch und Aufgabe der Lehrtätigkeit.

Einer „Bewährung in der Produktion" entgeht der von Kollegen und Schülern gleichermaßen geschätzte Junglehrer durch offene Sympathiebekundungen. Freunde verschaffen ihm eine Anstellung als Bibliothekar im thüringischen Greiz.



Gerechtigkeitssinn und Standfestigkeit: Ibrahim Böhme. Foto: Jesko Sander

Wenige Monate später eckt Böhme erneut an, wird für „eine kurze Zeit" inhaftiert, weil er sich öffentlich zu den Zielen des „Prager Frühlings" bekennt.

„Damals", erinnert er sich, war Alexander Dubček für mich das Maß aller Dinge."

Zum Bruch mit der SED kommt es aber nicht. Ibrahim Böhme glaubt in dieser Zeit noch — ähnlich wie sein späterer Freund Jürgen Fuchs —, „man müsse die SED von innen aufbrechen und reformieren, um die Zustände in der Gesellschaft zum Positiven zu verändern".

Es folgen ein weiteres Fernstudium, diesmal im ökonomischen Bereich, das Lehrerexamen und eine Vertiefung als Historiker. Dadurch erhält er die Möglichkeit, als Kreissekretär des Kulturbundes der DDR in Greiz zu arbeiten.

Doch schon bald gibt es neuen Ärger — Maßregelungen wegen der Gründung der ersten

Toleranz

„Weltanschaulichen Gesprächskreise" in Thüringen, die später zum Teil die Basis für die „Offenen Friedenskreise" werden.

Als 1974 die gerade begonnene Kulturblüte abrupt endet, erhält der Kulturbundsekretär erneut Berufsverbot, weil er sich mit Liedermachern wie Gerulf Pannach und Bettina Wegener solidarisiert und freundschaftliche Beziehungen zum Lyriker Rainer Kunze pflegt.

1976 — im Zusammenhang mit dem Biermann-Eklat — kehrt Böhme der SED endgültig den Rücken: „Der Bruch war notwendig, weil ich mich nicht mit der Ausbürgerung auch nur eines Menschen in einen Kompromiß begeben konnte."

Diesen Schlußstrich will ihm die SED nicht durchgehen lassen. Böhme wird erneut verhaftet und sitzt diesmal für fünfzehn Monate in Untersuchungshaft.

Das war eine „schlimme Phase", ist der einzige Kommentar, den der heutige SPD-Vorsitzende im Gespräch mit dem ExtraBlatt abgeben mag. Man spürt es, er redet nicht gerne darüber. Zu viele Erinnerungen an Stasi-Schikanen könnten wach werden. Nur so viel ist noch zu erfahren: In dieser Zeit ging seine Ehe kaputt. „Doch auch heute noch habe ich", sagt er, „ein sehr gutes Verhältnis auf einem sehr freundlichen Abstand zu meiner geschiedenen Frau, zur Tochter und zu den Schwiegereltern."

Mit dieser kurzen Bemerkung schiebt Böhme die wohl teuflischsten Monate seines Lebens beiseite, erzählt schnell von dem folgenden Studium der Theaterwissenschaften und seinem kurzen „Gastspiel" als Dramaturg am Theater in Neustrelitz. Es endet 1981 nach einer Solidaritätskundgebung für die Solidarność.

Berufsverbot

Jetzt hat der Honecker-Staat endgültig ein Berufsverbot verhängt. In der Folgezeit schlägt sich Böhme mit Gelegenheitsjobs durch, mal als Küchenhilfe oder als Sägewerksarbeiter, mal als Nachhilfelehrer, als Friedhofsarbeiter oder als Reinigungskraft. Er schreibt eine Bewerbung nach der anderen. 44 hat er gezählt. In den meisten Fällen kommt ein bejahender Vorabbescheid. Doch kurze Zeit später, nachdem seine Personalkennziffer im Computer gespeichert ist, flattert die Absage ins Haus — mit fadenscheinigen Begründungen.

Das spornt ihn zu noch größerem politischen Engagement an. Böhme läßt sich nicht unterbuttern. Bei der Ökologie-, Friedens- und Menschenrechtsbewegung arbeitet er von Anfang an mit, hält Vorträge und bereitet mit Freunden Seminare vor. Engen Kontakt pflegt der Atheist Böhme zum Arbeitskreis Solidarische Kirche, ein wichtiges Arbeitsfeld ist in diesen Jahren auch die Initiative Frieden und Menschenrechte.

Im Herbst 1987 gründet er gemeinsam mit Marianne Biertler, Pastor Hans-Peter Schneider und Werner Fischer die erste freie Abendschule. Auslöser hierfür ist die Relegierung von vier Pankower Oberschülern wegen kritischer Meinungsäußerungen. Die Gründer der Abendschule sind sich einig: „Jetzt reicht es nicht mehr, Zustandsanalysen zu beschreiben; jetzt geht es darum, der Allmacht der SED in allen gesellschaftlichen Bereichen etwas entgegenzusetzen."

Von dieser Erkenntnis lassen sich Böhme und 42 Gesinnungsfreunde auch leiten, als sie zwei Jahre später, im Oktober 1989, illegal die Sozialdemokratie in der DDR in Schwante neu gründen. Heute spricht Böhme vom „Wunder von Schwante" und beschwört den Geist jener Tage, „die Gemeinschaftlichkeit mit den Freunden in anderen Oppositionsgruppen nicht aus dem Blick zu verlieren". An die Zukunft denkend fügt der SPD-Vorsitzende, der sich gute Chancen ausrechnen darf, nach dem 18. März Ministerpräsident zu werden, hinzu: „Von den Initiativen und Bewegungen kann die SPD weiterhin partizipieren. Das in der Illegalität gewachsene Potential an Anstand und Moral, an Solidarstrukturen und Menschlichkeit muß der Politik erhalten bleiben."

Wahlen, Diskussionen und Beschlüsse

Impressionen vom Parteitag der SPD in Leipzig – ein historisches Ereignis

Die 524 Delegierten aus allen Bezirken der DDR, die sich in der Kongreßhalle der AGRA, der ständigen Landwirtschaftsausstellung im Leipziger Vorort Merkkleeberg zu ihrem ersten Parteitag versammelt haben, kümmerten sich diesmal um eine Wahlordnung, ein Organisationsstatut, eine Schiedsordnung – jenes zwar wenig spektakuläre, aber doch unerläßliche demokratische Regelwerk, ohne das eine demokratische Volkspartei nicht leben kann.

Diesen Disput um Paragraphen und Spiegelstriche absolvieren die Delegierten mit erstaunlicher Disziplin. Noch mangelnde Organisationserfahrung wird durch Improvisationstalent mehr als ausgeglichen. Und wenn sich die Versammlung doch einmal bei der Antragsberatung der Vielfalt der Formulierungshilfen verheddert, nimmt man's nicht sonderlich tragisch. „Fragen Sie doch einfach Ihren Nachbarn", tönt es dann gelassen vom Präsidiumstisch herunter.

Unbezweifelbarer Sieger des hektischen Statutengalopps sind die Frauen, denn sie erkämpfen sich „das Recht, in allen zu wählenden Gremien der Partei mit mindestens dreißig Prozent vertreten zu sein". Angelika Barbe, die später zu einer von drei stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wird, und ihre Mitstreiterinnen erreichen auf Anhieb, wofür ihre West-Schwestern viele Jahre brauchten: die Quote, also eine garantierte Prozentrate für ihre Beteiligung an politischen Positionen.

Quoten-Sieg

Chauvinistischer Widerspruch regt sich nicht – im Gegenteil. Er sei „für die Quote für Männer und Frauen, das bin ich meinem kleinen Sohn schuldig", sagt einer, der offenbar schon die totale Feminisierung der Partei heraufziehen sieht. An diesem Februarwochenende freilich sind die sozialdemokratischen Frauen noch die Minderheit. Ein Anfang jedoch, der zu Beteiligung ermutigt, ist gemacht.

Pioniere

Viele Gäste aus der Bundesrepublik sind nach Leipzig gekommen, um dabeizusein – beim ersten SPD-Parteitag in der Geschichte der DDR. Die meisten von ihnen fühlen sich einer gemeinsamen politischen Bewegung zugehörig – der großen alten Sozialdemokratie, die hier in Leipzig eine ihrer Wiegen hat.

Der Doktor Ferdinand Lassalle wurde hierher von jenen Pionieren gerufen, die mit ihm 1863 im Pantheon den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aus der Taufe hoben; ebenfalls in Leipzig ließ sich 1860, aus dem Hessischen kommend, der Drechsler August Bebel nieder.



Wahlhelfer: Immer wieder müssen die Stimmzettel eingesammelt werden. Fotos: Toni Nemes

Selbstbewußt

Am Samstag um 13.39 Uhr kommen die namensgleichen Schwestern ihrer Einheit wieder um ein Stück näher: in der Person eines gemeinsamen Ehrenvorsitzenden – Willy Brandt. „Der Zug zur Einheit rollt", verkündet der neue Ehrenvorsitzende, und man spürt, daß er froh darüber ist. Er sagt aber auch, daß es jetzt darauf ankomme, „zu verhindern, daß viele unter die Räder kommen".

Nicht um „hektischen Anschluß" gehe es jetzt, sagt er mit sicherem Gespür für die Stimmung im Lande, sondern um „vernünftigen Zusammenschluß". Was Brandt nur andeutet, Böhme konkretisierte es. Selbstbewußt zählt der 45jährige Noch-Geschäftsführer seiner Partei jene Voraussetzungen – in typisch Böhmescher Bescheidenheit „Eckpunkte" genannt – auf, mit denen eine SPD-geführte Regierung nach dem 18. März in die Verhandlungen mit dem BRD-Kanzler Kohl ziehen wird: Vorkehrungen gegen Miet- und Bodenspekulation, gegen Arbeitslosigkeit, Lohnverfall und Preisexplosion, auch gegen die Abwertung von Ersparnissen. „Wir wollen die Marktwirtschaft", sagt Böhme, „aber wir wollen sie sozial und ökologisch".

Versöhnung

Ibrahim Böhme ist längst heimlicher Vorsitzender der am 7. Oktober 1989 wiedergegründeten SPD, als sich die Partei tags darauf daranmacht, einen Vorsitzenden zu wählen. „Woraus schöpft er nur die Kraft?" fragt jemand.

Woher diese Bewunderung? Böhme buhlt nicht um Sympathie, im Gegenteil, er riskiert sogar Mißverständnisse. In der SED sei er „nicht nur Schuften und Karrieristen begegnet", sagt der gelernte Historiker, der der Staatspartei mit 17 beigetreten war und sie 1976 verlassen hatte. Außerdem ruft er dazu auf, die „Gesellschaft zu versöhnen" – wo er doch wissen muß, daß die Emotionen eher auf Konfrontation gerichtet sind.

Noch im Augenblick des Triumphs schließlich, als er mit überwältigender Mehrheit nun auch formell SPD-Vorsitzender ist, erinnert er die Freunde daran, daß die SPD eines Tages „auch einmal eine wichtige Rolle in der Opposition spielen wird". Vielleicht ist es gerade seine Nachdenklichkeit, sind es seine Skrupel, ist es der Charme seiner mit Bescheidenheit gepaarten Intellektualität, die ihn zum Mann der Stunde machen. Ein hemdsärmeliger Stratege der Macht, ahnen die Parteifreunde offenbar, wäre eher fehl am Platze nach vierzig Jahren Machtmißbrauch durch eine Partei. Wenn Ibrahim Böhme ans Mikrophon tritt, ist es mucksmäuschenstill im Saal – weil er zum Mitdenken zwingt, anstatt Emotionen hochzupeitschen.

Grundwerte

Nach drei Tagen, an denen das sozialdemokratische Parteivolk jeweils bis in den späten Abend hinein gewählt, diskutiert und beschlossen hat, künden in Leipzig nur noch ein paar Plakate von jenem historischen Ereignis. „Wir brauchen uns nicht zu wenden!" ist da zu lesen, und: „Seit 120 Jahren sind unsere Grundwerte Freiheit, Einheit, Gerechtigkeit und Solidarität."



Parteitagsdelegierte: Ständig gibt es neue Initiativanträge, die alle gelesen werden wollen.

Wahlkampf der SPD

Der Wahlkampf in der DDR geht in die letzte Runde: Vom 4. bis 17. März werden die Sozialdemokraten den Bürgern noch auf einer Reihe Veranstaltungen und Kundgebungen die Möglichkeit geben, sich über aktuelle Ziele und Programm der SPD zu informieren. Unterstützt werden die Spitzenkandidaten der SPD in der DDR dabei auch von führenden Politikern der bundesdeutschen SPD wie Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau und Oskar Lafontaine.

Wichtiger Hinweis: Die genannten Termine sind nur eine beschränkte Auswahl und können sich in Einzelfällen noch ändern. Bitte beachten Sie unbedingt die örtlichen Ankündigungen! (Uhrzeiten, Veranstaltungsorte sind angegeben, soweit bei Redaktionsschluß bekannt.)

Kundgebungen mit Hans-Jochen Vogel sind u. a. geplant am 9. März in **Brandenburg** (19 Uhr, Stahlhalle), am 10. März in **Templin** (10 Uhr, Marktplatz), **Prenzlau** (14 Uhr, Straße der Republik), **Pasewalk** (17 Uhr, Marktplatz), evtl. Schwendt (20 Uhr).

Kundgebungen mit Johannes Rau sind u. a. geplant am 10. März in **Bitterfeld** (13 Uhr, Marktplatz), **Zeitz** (16 Uhr, Alter Marktplatz), am 13. März in Berlin (20 Uhr, Selenbinderhalle).

Kundgebung mit Oskar Lafontaine ist u. a. geplant am 12. März in **Jena** (19 Uhr, Platz der Kosmonauten).

Kundgebungen mit Willy Brandt sind u. a. geplant am 4. März in **Weimar**, am 5. März in **Dresden**, am 6. März in **Karl-Marx-Stadt**, am 10. März in **Frankfurt (Oder)**, am 11. März in **Potsdam**, am 16. März in **Wismar**, am 17. März in **Stralsund, Greifswald** und **Rostock**.



Von den Delegierten gefeiert: Willy Brandt – der Ehrenvorsitzende der SPD. Foto: Toni Nemes

SPD wählt Willy Brandt zu ihrem Ehrenvorsitzenden

Vor Tatenlosigkeit gewarnt / Großkundgebung in Leipzig

Der frühere Bundeskanzler der BRD, Willy Brandt, sprach sich in Leipzig dafür aus, so rasch wie möglich die ersten Schritte zur deutschen Einheit zu gehen. Der Ehrenvorsitzende der westdeutschen SPD war von der SPD in der DDR zuvor auch zu ihrem Ehrenvorsitzenden gewählt worden.

Bei einer Kundgebung in Leipzig sagte der Ehrenvorsitzende der Partei, er habe viel Verständnis für die Ungeduld in der DDR. Die Wirtschafts- und Währungsunion sei machbar, sie müsse jedoch sozial abgesichert sein. Wenn „der Zug zur deutschen Einheit rollt", so Brandt weiter, kommt es darauf an, daß „niemand unter die Räder kommt". Bei den Gesprächen zur deutschen Einheit müsse man sich mit den direkten und indirekten europäischen Nachbarn verständigen.

Der SPD-Politiker sprach sich vor über 100 000 Zuhörern zugleich dafür aus, daß das höchste Bundesgericht des vereinten Deutschlands seinen Sitz in Leipzig haben solle.

Der Altbundeskanzler wurde von den Bürgern der Stadt Leipzig mit rhythmischem Klatschen und „Willy, Willy"-Rufen sowie „Hoch soll er leben"-Rufen begrüßt.

Mit allem Nachdruck sprach Brandt seinen Respekt auch denen aus, die am 9. Oktober vergangenen Jahres ein Blutbad in Leipzig verhindert hätten. In seinen Dank schloß er auch den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow ein. Der 9. Oktober sei damit für ihn zu einem neuen Tag der Freundschaft geworden.

Willy Brandt, der sichtlich bewegt vom Balkon des Opernhauses sprach, rief die Zuhörer dazu auf, in der DDR zu bleiben. Er wolle über niemanden den Stab brechen, aber die deutsche Einheit könne nicht bedeuten, „daß wir uns alle im Westen treffen". Die DDR, tröstete Brandt, bringe auch nach Einschätzung des Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, die besten Voraussetzungen aller Staaten des ehemaligen Ostblocks mit, „wieder auf die Beine zu kommen". Dies liege vor allem an dem relativ hohen Standard der Industrie und den guten Facharbeitern.

Am Vortag war Brandt von den gut 500 Delegierten des ersten sozialdemokratischen Parteitags in der DDR zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt worden. Die Delegierten hatten sich dazu geschlossen von den Sitzen erhoben.

Der stellvertretende Vorsitzender der SPD in der DDR, Markus Meckel, sagte, Willy Brandt sei „Symbol für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus" und zugleich für die Ost- und Entspannungspolitk, ohne die „nicht möglich" gewesen sei, „was 1989 in Osteuorpa geschah". Außerdem, so Meckel in seiner Laudatio, sei Brandt ein „hervorragender Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie" und ein „wahrer Internationalist".

In seiner Rede vor den Parteitagsdelegierten erklärte der frühere Bundeskanzler, es mache keinen Sinn, „einen ganzen großen Teil Deutschland leerlaufen zu lassen, um ihn späterer Neukolonisierung anheimzugeben". Zugleich brachte Brandt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß es seit dem November weitgehend bei Ankündigungen geblieben sei. Der SPD-Politiker wörtlich: „Der Kopflosigkeit folgte Tatenlosigkeit, begleitet von mancherlei überflüssiger Kakophonie."

Der Ehrenvorsitzende beider sozialdemokratischer Parteien ging auch auf Verleumdungen auch wegen seiner Haltung zur deutschen Einheit ein. Tatsächlich habe er „vor einem schädlichen Umgang mit dem Wort Wiedervereinigung" gewarnt. Davon sei in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik auch nicht die Rede. Brandt insistierte darauf, daß „zum Reich kein Weg zurück" führe, ebensowenig zu den Grenzen von 1937. Statt dessen gebe es „Wege nach vorn, hin zu einem Europa, in dem die Grenzen an Bedeutung verlieren".

Jetzt, so Brandt weiter, sei „das Für-einander-Einstehen der Deutschen erste Bürgerpflicht". Gleich nach dem 18. März, dem Tag der Parlamentswahlen in der DDR, hätten jene Dinge Vorrang, die „für das Leben der Menschen unmittelbar Bedeutung" hätten. Außerdem sollten gemeinsame Institutionen geschaffen werden, die „schleunigst auf den Weg" zu bringen hätten, was nicht aufgeschoben werden dürfe – „von der Währung bis zum sozialen Netz". Brandt wörtlich: „Nicht um hektischen Anschluß geht es, sondern um vernünftigen Zusammenschluß."

Die Verhandlungen, die Deutschlands militärischen Status, die Ablösung von „vergilbten Siegerrechten" durch eine friedensvertragliche Regelung und die Anwesenheit fremder Truppen beträfen, ließen sich, so Brandt, „nicht in wenigen Monaten regeln".

Außerdem sprach sich der SPD-Politiker dafür aus, eine gemeinsame Verfassung zu erarbeiten, die in beiden deutschen Staaten „ihre Bestätigung durch das Volk" finden müsse. Aber, ergänzte Brandt, sicher könne man „vieles aus dem Grundgesetz übernehmen". Mit dem Grundgesetz sei man „im Westen nicht schlecht gefahren".

Das eigentliche Thema, so Brandt weiter, sei aber Europa. Die Sozialdemokraten, wandte er sich an die Delegierten des SPD-Parteitages, hätten „unser Volk davon zu überzeugen, daß es unverantwortlich wäre, wollten wir uns den globalen Aufgaben entziehen: vom Kampf gegen den Welthunger und die Seuchen bis hin zur Eindämmung der immer bedrohlicher gewordenen Gefahren für die natürliche Umwelt".

„Die DSU ist eine Marionette der CSU"

CDU-Vorständler attackiert Ebeling

Kaum war die „Allianz für Deutschland" aus der Taufe gehoben, da krachte es bereits heftig im Gebälk der Konservativen in der DDR. CDU-Vorstandsmitglied Jens Walther warf der DSU vor, „den Eindruck einer Marionette der CSU" zu erwecken.

Besonders heftig attackierte CDU-Mann Walther den DSU-Vorsitzenden, Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling. Den 21jährigen Walther hatte es vor allem gewurmt, daß Ebeling wiederholt öffentlich die Auflösung der ehemaligen Blockpartei CDU gefordert hatte.

In einem Mitte Februar im Münchner Merkur erschienenen Interview sagte Jens Walther: „Mit derartigen Attacken will Ebeling offensichtlich seine eigene Vergangenheit bewältigen. Immerhin war er bis vor kurzem selbst CDU-Mitglied und arbeitete sogar in der SED-gelenkten Nationalen Front der DDR mit."

Aber auch mit dem anderen Partner der „Allianz", dem Demokratischen Aufbruch, ging Walther nicht zimperlich um: Der Demokratische Aufbruch werde sich nach der Wahl „in Wohlgefallen auflösen". Zur Zeit stapele er „ein bißchen hoch, was seine wahre Bedeutung" betrifft.

Die einzige konservative Kraft mit Zukunftschancen in der DDR ist für Walther seine eigene Partei: Die CDU werde „die stärkste konservative Partei bleiben und die DSU langfristig eventuell sogar verdrängen oder schlukken".

Mit seinen Angriffen auf DSU und Demokratischen Aufbruch will CDU-Walther nach Ansicht der Berliner SPD davon ablenken, daß die CDU vierzig Jahre lang die Politik der SED mitgetragen und unterstützt habe. Die ehemalige Blockpartei habe zwar ihren Vorstand ausgewechselt, aber die Mitglieder seien die alten geblieben. So meint SPD-Vorstandsmitglied Rüdiger Natzius: „Die CDU setzt sich zu rund neunzig Prozent aus Wendehälsen, Duckmäusern und Alt-Stalinisten zusammen."

Grass ist gegen „bloßen Anschluß"

Viel Kultur-Prominenz in Leipzig dabei

Der Schriftsteller Günter Grass warnte auf dem SPD-Parteitag vor einer „Gefahr der Einebnung, des bloßen Anschlusses" der DDR. Zwischen BRD und DDR sei ein „Lastenausgleich fällig".

Die Bürger „dieses geschundenen Landes", erklärte Grass den über 500 Delegierten des SPD-Parteitages, hätten „allen Grund, mit Selbstbewußtsein aufzutreten", sie seien „keine Bittsteller". Der Schriftsteller wörtlich: „Ihr habt etwas erkämpft, was uns geschenkt wurde." In Anspielung auf die Behandlung der Regierung Modrow in Bonn ergänzte Grass, er habe sich „für mein Land geschämt, Zeuge dieser Szene gewesen zu sein".

Günter Grass forderte die SPD außerdem auf, den Arbeiteraufstand 1953 „als Teil ihrer Geschichte aufzufassen". In der Bundesrepublik sei der 17. Juni „als Feiertag mit Sonntagsreden vernutzt worden".

Der Autor so bekannter Romane wie „Die Blechtrommel" oder „Der Butt" war nicht der einzige prominente Kulturschaffende, der dem SPD-Parteitag als Gast beiwohnte. Mit stürmischem Applaus wurde auch Wolfgang Leonhardt empfangen, der mit seinem Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder" zu den frühen Kritikern des Stalinismus in der DDR gehört.

In der Kongreßhalle der AGRA, dem Versammlungsort der Sozialdemokraten in der DDR, wurde auch Erich Loest gesehen, der stundenlang ausharrte und den Debatten der Delegierten lauschte. Im Foyer schließlich war der Heidelberger Grafiker und Satiriker Claus Staeck ein gesuchter Gesprächspartner. Sein Parteitagsgeschenk: Er hatte den Slogan für den Kongreß entworfen.



Kulturprominenz: Günter Grass und Klaus Staeck im Gespräch mit Thomas Krüger vom Berliner SPD-Bezirksvorstand. Foto: Nemes



Agra-Kongreßhalle in Leipzig: Der SPD-Parteitag tagt. Fotos: Toni Nemes

SPD-Fahrplan zur deutschen Einheit

Eingebettet in europäischen Integrationsprozeß

Der neugewählte Vorsitzende der SPD, Ibrahim Böhme, erklärte in Leipzig, seine Partei wolle sich für die deutsche Einheit, für Freiheit, Zukunftschancen und soziale Sicherheit einsetzen.

Der Fahrplan der SPD zur deutschen Einheit, erklärte Böhme, werde eingebettet sein in einen europäischen Integrationsprozeß, in dem die Interessen aller Nachbarstaaten Beachtung finden sollten. Außerdem schlug der SPD-Vorsitzende die Bildung eines „Rates zur deutschen Einheit" vor, der die Entwicklung des gesamtdeutschen Prozesses koordinieren solle. Vorsitzender dieses Gremiums solle der Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, sein.

Der Prozeß zur deutschen Einheit, sagte Ibrahim Böhme, führe über drei Stufen: Sozialunion, Währungsunion und Wirtschaftsunion. Die notwendigen rechtlichen Schritte dabei seien eine Eigentumsreform, eine Preisreform, eine Bankenreform, ein Gesetzeswerk zur Sozialunion sowie ein konsequenter Mieterschutz.

Die Sozialdemokraten, versicherte ihr Vorsitzender, wollten vor allem einen Rechtsstaat schaffen. Dazu bedürfe es einer freiheitlichen Justiz.

Außerdem wollten die Sozialdemokraten die Entfaltung neuer Initiativen durch Gewerbefreiheit und die Zulassung privater Unternehmensgründungen ermöglichen. Dabei gelte es vor allem, kleine und mittlere Unternehmen zu fördern, weil sie am schnellsten zur Überwindung von Versorgungsengpässen und Mängeln beitrügen.

Durch ein striktes Wettbewerbsrecht, erklärte Böhme weiter, wolle die SPD zugleich für einen funktionierenden Wettbewerb sorgen und dem Entstehen monopolwirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Möglichst viele Kombinate sollten entflochten, Zulieferbetriebe ausgegliedert werden. Die SPD, so Böhmes Auffassung, werde das Eigentum als Basis aller wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse garantieren, allen Bürgern solle das Eigentum am Produktivvermögen ermöglicht werden. „Gebietsfremden", so Böhme offensichtlich mit Blick vor allem auf bundesdeutsche Unternehmen, sollten auch Mehrheitsbeteiligungen und Neugründungen von Unternehmen erlaubt werden.

Gleichzeitig sprach sich Böhme für eine behutsame Stadt- und Landschaftserneuerung aus. Kulturhistorisch wertvolle Bausubstanz und traditionsreiche Stadtstrukturen müßten erhalten werden. Die SPD, so der Vorsitzende weiter, favorisiere genossenschaftliches Wohnen und wolle die Eigeninitiative fördern. Wohnungs- und Wohnraumspekulation solle verhindert, ein menschen- und umweltgerechtes Verkehrswesen durchgesetzt werden.

Des weiteren plädierte der neugewählte Vorsitzende der SPD für einen grundlegenden Kurswechsel in der Umweltpolitik, damit, so wörtlich, „unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht unwiederbringlich zerstört werden".

Die Sozialdemokraten, sagte Böhme weiter, würden für eine „Bildungsreform auf allen „Ebenen" eintreten und die Schulen von „formalistischer Vereinheitlichung und ideologischer Überfrachtung" befreien. Jedermann müsse unabhängig von gesellschaftlicher Herkunft sowie politischer oder religiöser Identität sein Recht auf Bildung wahrnehmen können.

„Frei, sicher und gleichberechtigt"

Grundsatzprogramm in Leipzig beschlossen

Die SPD gab sich auf ihrem ersten Parteitag ein Grundsatzprogramm. Darin heißt es zum Selbstverständnis der Partei: „Wir wollen jetzt in der DDR und bald in einem geeinten Deutschland frei, sicher und gleichberechtigt zusammenleben."

Als geistige Quellen der SPD nennt der 36 Seiten umfassende Text: die Programme der Arbeiterbewegung, ferner die Ideale der Aufklärung, die Impulse der christlichen Ethik sowie die „Erfahrungen von Männern und Frauen, die Diktatur und Machtwillkür am eigenen Leibe kennengelernt haben".

Ihre Bündnispartner erkennt die SPD ausdrücklich in den „neuen demokratischen Bewegungen und Parteien", in „kirchlichen und unabhängigen Gruppen", aber auch in „Befreiungsbewegungen" der sogenannten „Zwei-Drittel-Welt".

Im einzelnen setzen sich die Sozialdemokraten in der DDR für eine Politik der Abrüstung, für eine „tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern" und für eine „freie, pluralistische Gesellschaft" ein, die insbesondere auch die Rechte der Ausländer und die nationaler Minderheiten respektiert. Ausdrücklich genannt werden die Sorben. Das Eigentum sei „unantastbar", aber „sozialpflichtig", heißt es weiter.

Die staatliche und politische Ordnung wird mit den Stichworten: demokratischer Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung, Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung umrissen. Zentralisierte Sicherheitsapparate nach Art der Stasi soll es nach dem Willen der SPD in Zukunft nicht mehr geben. Polizei und Verfassungsschutz, die als unverzichtbar gelten, seien den Ländern zu unterstellen.

Im dritten Kapitel des neuen Grundsatzprogramms distanziert sich die Partei unzweideutig von jeder Form von „Plan- und Kommandowirtschaft" und entwirft zugleich das Gegenmodell einer „Marktwirtschaft, die demokratisch sozial und ökologisch orientiert ist" (siehe dazu unsere Dokumentation).

Ausführlich äußert sich die junge Partei auch zur Sozialpolitik, jenem Politikfeld mithin, auf das sich derzeit besonders viele Ängste und Sorgen der Bürger beziehen. Bedürftige seien aus den Mitteln eines Sozialfonds zu unterstützen, ehe schrittweise eine soziale Grundsicherung eingeführt werde. Diese solle die beitrags- und leistungsbezogenen Sicherungssysteme ergänzen und im Alter, bei Invalidität und bei Arbeitslosigkeit ein menschenwürdiges Auskommen garantieren. Die SPD bekennt sich zum „Recht auf Arbeit", glaubt aber nicht daran, daß es in der Zeit eines „radikalen Strukturwandels" auch durchzusetzen sein wird. Deshalb müsse der Staat „Arbeitslosenfonds schaffen, Beschäftigungsprogramme entwickeln und Qualifizierungs- bzw. Umschulungsangebote fördern oder selbst organisieren".

„Fleischgewordene Selbstherrlichkeit"

Oskar Lafontaine attackiert in Leipzig Helmut Kohls Politik

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD in der Bundesrepublik, Oskar Lafontaine, führte auf dem Parteitag der SPD scharfe Angriffe auf BRD-Kanzler Helmut Kohl, dem er „fleischgewordene Selbstherrlichkeit" vorhielt.

Am Freitagmittag heißt der Star des ersten sozialdemokratischen Parteitages noch nicht Ibrahim Böhme, sondern Oskar Lafontaine. Kaum hat der wahrscheinliche Kanzlerkandidat der westdeutschen Schwesterpartei den Plenarsaal betreten, ist er von einer Traube von Menschen umgeben, Delegierten, Gästen, Fotografen, die ihm schier die Luft zum Atmen nehmen.

Tosender Beifall, als „Oskar", wie man ihn liebevoll nennt, ans Pult tritt. Und er enttäuscht seine Anhänger nicht, seine Anhänger diesseits der Elbe. Denn Lafontaines „Grußwort" ist tatsächlich eine kraftstrotzende Wahlkampfrede — nicht gegen Hans Modrow oder Lothar de Maizière, sondern gegen Helmut Kohl, den selbsternannten „Kanzler der deutschen Einheit".

Als „fleischgewordene Selbstherrlichkeit" karikiert er den CDU-Vorsitzenden und hält ihm vor, ein Mann von gestern zu sein, einer, der in nationalstaatlichen Kategorien denkt, wo doch weltweite Problemlösungen angesagt sind. „Wer den Frieden sichern will, wer die Natur vor der Zerstörung bewahren will, wer den Hunger in der Dritten Welt bekämpfen will und wer die Arbeitslosigkeit verringern will, der kann diese Aufgabe nicht mehr in den Grenzen eines Nationalstaats lösen." Oskar Lafontaine, der Internationalist, der zu Zugeständnissen an nationale Gefühle nicht bereit ist, auch hier nicht — trotz allem „Deutschland, einig Vaterland".

Sozialdemokraten, sagt er, könnten „nur eine deutsche Einigkeit befürworten, die als Vorstufe zur europäischen Einheit begriffen wird". Kohl wirft er vor, von Europa nicht viel zu halten — sonst „wäre der Eierlauf um die polnische Westgrenze überflüssig".

Kohl, der Ewiggestrige, der 1989 zum „Jahr der Deutschen" gemacht und nicht kapiert hat, daß es das „Jahr der Freiheit" war. Kohl, der zuläßt, daß Gorbatschow geschwächt wird, wo doch „alles von der weiteren Demokratisierung in der Sowjetunion abhängt". Kohl, der den „höchsten Rüstungsetat" habe verabschieden lassen, wo doch klar sein müsse, daß nur „Abrüstung zur deutschen Einheit" führe.



Autogrammstunde mit Oskar Lafontaine.

Und „Oskar" nutzt die Gelegenheit, gerade auch hier, in der DDR, um um Verständnis zu werben für seine Forderungen nach Abschaffung der Notaufnahme, des Fremdrentengesetzes, nach Streichung der Leistungen für Aus- und Übersiedler. „Es dürfen", ruft er den Sozialdemokraten zu, „es dürfen nicht mehr Prämien für das Weggehen gezahlt werden, sondern das Dableiben muß durch spürbare solidarische Hilfen aus der Bundesrepublik unterstützt werden."

Oskar Lafontaine hält in Leipzig eine Rede, die sich vor allem an seine bundesdeutschen Wähler wendet, eine Rede aber auch, die den „Freunden und Freundinnen" in der DDR Mut und Selbstvertrauen geben soll. Denn die Sozialdemokratie, sagt er, sei „immer stark genug, die Unterdrückung zu überwinden", und sie hat „immer wieder von neuem die moralische Kraft aufgebracht, nach dem Scheitern der Systeme der Unterdrückung die entscheidende Rolle beim Wiederaufbau zu übernehmen". Und daran zweifelt auf dem ersten Parteitag der SPD in der DDR niemand.



Die Mauer verschwindet Stück für Stück, zur Freude der Berliner in Ost und West. Was bleibt, ist die Frage nach dem künftigen Status: Berlin als eigenes Land im Länderreigen oder Brandenburg zuge-

Land Brandenburg mit ganz Berlin

SPD einig: Am 6. Mai noch keine gemeinsame Wahl

Die von der SPD in beiden Teilen Berlins eingesetzte gemeinsame Kommission „Zukunft Berlin" plädiert für ein Land Brandenburg unter Einschluß Berlins. Dies machten der geschäftsführende Landesvorsitzende von Berlin (West), Hans-Georg Lorenz, und der stellvertretende Ostberliner SPD-Bezirksvorsitzende, Knut Herbst, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz deutlich.

Einig war man sich, daß sehr bald nach der Volkskammerwahl am 18. März die verwaltungsrechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Teilen der Stadt enger werden, „mithin Berlin tatsächlich zu einer Stadt wird." Die alten bisherigen Stadtgrenzen würden für die neue Metropole zu eng.

Daher plädiere die Kommission für eine enge Verflechtung zwischen Berlin und einem Land Brandenburg mit den bisherigen Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus sowie für eine gemeinsame Planung in diesem Gebiet. Eine Absage erteilten Lorenz und Herbst Gesamtberliner Wahlen am 6. Mai, wie sie die CDU in Ost- und Westberlin vorgeschlagen hatten. Einen Zeitpunkt für die selbstverständlich befürworteten Gesamtwahlen könne man noch nicht nennen. Diese könnten nur unter der Voraussetzung des deutsch-deutschen Einigungsprozesses und der entsprechenden internationalen Schritte möglich sein, was bis zum 6. Mai nicht zu erwarten sei.

Güstrow: Schmidt künftig Ehrenbürger

Der Bonner Altbundeskanzler Helmut Schmidt soll Ehrenbürger von Güstrow werden. Diesen Vorschlag hat der Güstrower SPD-Ortsvereinsvorsitzende Eberhard Beyer anläßlich des Schmidt-Besuchs Mitte Februar in der Barlach-Stadt gemacht, wo er vor rund 10 000 Menschen sprach.



Soll Ehrenbürger von Güstrow werden: Altbundeskanzler Helmut Schmidt.

Helmut Schmidt war bereits im Dezember 1981 nach einem Treffen mit dem damaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honnekker in Güstrow gewesen. Doch der Kontakt mit den Menschen kam damals nicht zustande — die Staatssicherheit hatte die Kleinstadt im Bezirk Schwerin in ein Potemkinsches Dorf verwandelt und die Bewohner aus Schmidts Blickfeld verbannt.

Das habe er sich seit 1981 sehnlichst gewünscht, bekannte Helmut Schmidt jetzt angesichts der Tausende, die ihm zujubelten — „den Bürgern dieser Stadt wirklich zu begegnen".

Tarifautonomie und Streikreicht

Die SPD will die Rechte der Arbeitnehmer stärken. In ihrem Wirtschaftsprogramm sprechen sich die Sozialdemokraten für eine Tarifautonomie, Streikrecht und ein Aussperrungsverbot aus. Ferner werden freie Gewerkschaften gefordert. Ihre vorrangige Aufgabe sei es, „losgelöst von staatlicher Einflußnahme" kollektive Lohnverhandlungen zu führen und die Interessen der Arbeitnehmer „notfalls mit Streik" durchzusetzen. Die Tarifparteien hätten über Lohnhöhe, Lohnstrukturen, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu verhandeln. Für die einzelnen Unternehmen müsse es jedoch Spielräume geben, die tarifvertraglich vereinbarten Leistungen zu überschreiten. Die Löhne und Gehälter sollen nach den Vorstellungen der SPD in Zukunft stärker nach Qualifikation und Leistung differenziert werden. Leistungsgerechte Bezahlung sei unverzichtbar, „um zu Leistung anzuspornen".

Ibrahim Böhme ist die Nummer eins der SPD

Stellvertreter: Barbe, Kamilli und Meckel

Mit großer Mehrheit wurde auf dem SPD-Parteitag in Leipzig der 45jährige Ibrahim Böhme zum Parteivorsitzenden gewählt. Für den bisherigen Geschäftsführer der Partei votierten 438 Delegierte. Der Lehrer und Historiker erhielt lediglich 27 Gegenstimmen bei 13 Enthaltungen. Zwei Stimmzettel waren ungültig.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden der Leipziger Karl-August Kamilli, Markus Meckel aus Niederndodeleben und die Berlinerin Angelika Barbe gewählt. Während sich Kamilli bereits im ersten Wahlgang mit 242 von 474 Stimmen durchsetzte, waren für die Wahl Meckels und Barbes zwei weitere Wahlgänge erforderlich.

Damit wurde der auf dem Parteitag vor den Wahlen beschlossene Antrag gleich in die Tat umgesetzt, wonach jedes Vorstandsmitglied die absolute Stimmenmehrheit der Parteitagsdelegierten auf sich vereinigen muß. Ein weiterer Parteitagsbeschluß [illegible] schiedung der 30-Prozent-Quote war klar: mindestens jedes dritte Parteiamt wird mit einer Frau besetzt.

Der neue stellvertretende SPD-Vorsitzende Karl-August



Karl-August Kamilli Foto: Glaser

Kamilli versteht sich nach eigener Aussage als Repräsentant der „Totalitarismustheorie". Er setzt den Faschismus mit dem Staatssozialismus stalinistischer Prägung gleich. Der 45jährige Diplom-Geophysiker war bisher Vorsitzender des provisorischen SPD-Bezirksvorstandes in Leipzig. Sein Anliegen ist es, die Einheit Deutschlands so schnell wie möglich, aber auch bedacht und solide voranzutreiben. Anzustreben sei ein Deutschland, das — geläutert durch seine Geschichte — kein Nachbar mehr fürchten müsse, sondern vielmehr als Partner schätzen könne.

Der andere Stellvertreter von Ibrahim Böhme, der 37jährige Markus Meckel, machte schon früh seine eigenen negativen Erfahrungen mit dem SED-Staat. Aufgrund unliebsamer politischer Äußerungen wurde er 1969 von der Erweiterten Oberschule relegiert. Seinen Schulabschluß holte er zwei Jahre später an einem kirchlichen Oberseminar nach. Der gebürtige Müncheberger studierte anschließend in Naumburg und Berlin Theologie und wurde 1982 nach seinem Vikariat im mecklenburgischen Vipperow Pastor.

Seit 1988 leitet Meckel die ökumenische Begegnungs- und Bildungsstätte in Niederndodeleben im Bezirk Magdeburg. Mit Ibrahim Böhme, Martin Gutzeit und Arndt Noack gehört er zu den vier Initiatoren der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR.

Auch Angelika Barbe gehört zu den Mitunterzeichnern der SPD-Gründungsurkunde in Schwante. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende will sich für die



Angelika Barbe Foto: Glaser

Bereiche Familie, Bildung und Erziehung in ihrem Parteiamt engagieren. Die 38jährige gebürtige Brandenburgerin arbeitete nach ihrem Biologiestudium im Bereich des Pflanzenschutzes und in der Hygiene-Inspektion.

Ab 1979 widmete sie sich in erster Linie der Erziehung ihrer drei Kinder, die sie ganz bewußt nicht der staatlich reglementierten Krippenpädagogik aussetzen wollte. Parallel zu Kinderbetreuung und Hausarbeit bildete Angelika Barbe sich auf dem Gebiet der Verhaltensbiologie weiter und engagierte sich in der Friedensbewegung.

Genauso wie Stephan Hilsberg, der später in der „Initiative Frieden- und Menschenrechte" aktiv war. Der 34jährige wurde in Leipzig mit 296 von 488 Stimmen zum neuen SPD-Geschäftsführer gewählt. In Müncheberg geboren, lebt Hilsberg seit 1960 in Berlin, arbeitete hier als Pro-



Markus Meckel Foto: Nemes

grammierer und studierte Informatik. Auch er war in Schwante dabei und fungiertee seit Oktober als erster Sprecher des geschäftsführenden Ausschusses.

Neuer SPD-Schatzmeister wurde in Leipzig der Rostocker Hinrich Küssner. Er erhielt 294 von 467 gültigen Delegiertenstimmen und übernimmt jetzt das verantwortungsvolle Amt vom bisherigen Schatzmeister Gerd Döhling, der nicht kandidierte. (Die weiteren Vorstandsmitglieder auf S. 11).

Zitate

„Es dürfen nicht mehr Prämien für das Weggehen bezahlt werden, sondern es muß das Dableiben durch solidarische Hilfen der Bundesrepublik unterstützt werden."
Oskar Lafontaine

„Die SPD versteht sich als Interessenvertreter aller DDR-Bürger, eben als eine Volkspartei." Stephan Hilsberg

„Die Zukunft hat wieder einen Namen – SPD."
Parteitagsmotto der SPD

„Eigentum muß sozialrechtlich sein, Eigentum darf keine Willkür erlauben." Ibrahim Böhme

„Wird der ‚Kanzler der deutschen Einheit' seinen nächsten Auftritt in der DDR nutzen, um mitzuteilen, daß die Brüder und Schwestern in der DDR nicht mehr mit neuen Atomraketen bedroht werden, die in der Bundesrepublik stehen?"
Oskar Lafontaine

„Ich habe in der SED nicht nur Schufte und Karrieristen kennengelernt, sondern auch einige, vor denen ich noch heute tief den Hut ziehe."
Ibrahim Böhme

„Der SPD traue ich zu, dem Kapital die größtmögliche soziale Sicherheit für die Bürger abzuringen."
Manfred Gerth (Magdeburg)

„Nach 1945 wurde die SPD in der damaligen Sowjetzone zwangsvereinigt: danach wurden Sozialdemokraten reihenweise in die Gefängnisse gesteckt. Für die SED war der ‚Bazillus Sozialdemokratismus' jahrzentelang der Hauptfeind."
Thomas Krüger (Berlin)

„Schon wieder wird denunziert, schon wieder wird ausgegrenzt." Karl Kamilli

„Von Ebeling und seiner DSU braucht die SPD der DDR wahrlich keine Nachhilfe in Sachen Freiheit statt Sozialismus. Wo war denn der DSU-Vorsitzende Ebeling, als wir die Freiheit auf der Straße erkämpft haben?"
Sabine Leger (Dresden)

„Willi Brandt ist auch für uns in Warschau auf die Knie gefallen." Markus Meckel

„Inzwischen ist wohl kaum noch streitig, daß wir, wenn wir den Zusammenschluß wollen, eine gemeinsame Verfassung brauchen. Und die wird dann hüben wie drüben ihre Bestätigung durch das Volk finden."
Willy Brandt

„Solange Frauen in den höheren Gremien der Parteien unterrepräsentiert sind, wird es nur durch Quotenregelungen gelingen, Frauen an politischer Macht zu beteiligen."
Angelika Barbe

„Ihr habt etwas erkämpft, was uns in der Bundesrepublik geschenkt wurde. Wir haben dort in der Bundesrepublik eine geschenkte Freiheit. Ihr habt eine erkämpfte Freiheit. Das gehört zur Geschichte der DDR."
Günter Grass

„Es gab und gibt da in Bonn rund um das Kanzleramt und auch in diesem Amt in den letzten Tagen und Wochen zuviel gönnerhafte Großspurigkeit und zuviel Überheblichkeit ... Ich kann da nur warnen, Großspurigkeit ist nicht Größe."
Hans Jochen Vogel

„Zur Wirtschafts- und Währungsunion gehören starke, unabhängige Gewerkschaften, wenn die Interessen der Arbeitnehmer bei dieser Entwicklung nicht hemmungslos unter die Räder geraten sollen."
Ernst Breit

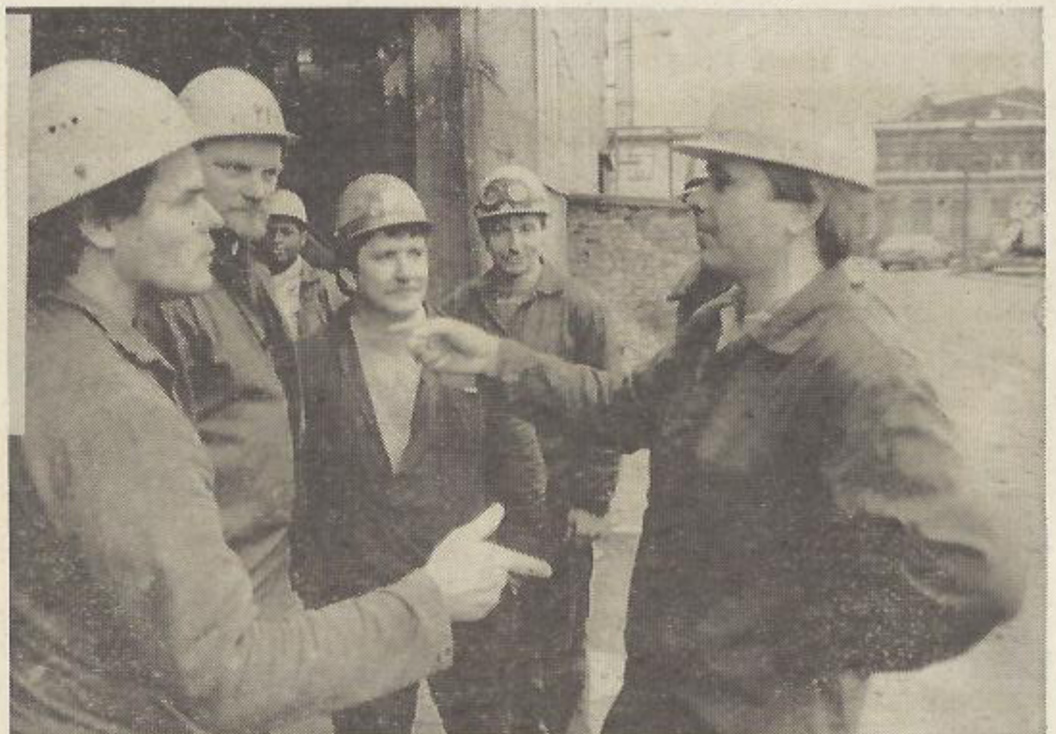


Stark gefragt: SPD-Aufkleber fürs Auto. Foto: Toni Nemes

Aufnahmesperre für ehemalige SED-Mitglieder

Eine Aufnahmesperre für ehemalige SED-Mitglieder, die erst nach dem 7. Oktober vergangenen Jahres aus ihrer Partei ausgetreten sind, hat der SPD-Parteitag in Leipzig beschlossen. Bevor ein Aufnahmeantrag behandelt werde, müsse ein Jahr seit dem Austritt aus der SED oder PDS vergangen sein. Außerdem dürften frühere SED-Mitglieder in der SPD ein Jahr lang keine Wahlfunktion haben. Analog soll mit Funktionären ehemaliger Blockparteien verfahren werden.

Frühere SED-Mitglieder, die bereits zur SPD gewechselt haben, können aufgrund des Beschlusses durch die Schiedskommission wieder ausgeschlossen werden.



Diskussionen am Arbeitsplatz: Auch die Kollegen der Kupfer-Silberhütte in Hettstedt wollen wissen, was die künftige Wirtschaftspolitik bringt. Foto: Glaser

Demokratisch, sozial und ökologisch

SPD für Marktwirtschaft – Nie wieder Planwirtschaft

Mit überwältigender Mehrheit hat die SPD auf ihrem Leipziger Parteitag sich für eine demokratisch, sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft ausgesprochen. ExtraBlatt dokumentiert die wirtschaftspolitischen Passagen aus dem neuen SPD-Grundsatzprogramm (leicht gekürzt) im Wortlaut:

Die Kommandowirtschaft der SED ist gescheitert. Sie hat Arbeitskraft, Kapital und Rohstoffe in gewaltigem Umfang verschwendet, unseren Lebensstandard niedriggehalten und an den Bedürfnissen der Menschen vorbei produziert. Sie hat unsere Unternehmen technologisch zurückgeworfen. Sie hat rücksichtslos auf Kosten der Substanz unseres Landes gewirtschaftet: Viele Städte und Dörfer, Gebäude und Verkehrswege sind verschlissen; unsere natürliche Umwelt ist so zerstört wie kaum irgendwo in Europa.

Die Plan- und Kommandowirtschaft hat die Menschen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Es gibt an ihr nichts zu reformieren ...

Wir Sozialdemokraten sagen deshalb nein zu neuen Experimenten mit einer „marktorientierten Planwirtschaft" oder einer „sozialistischen Marktwirtschaft". Wir Sozialdemokraten wollen Markt und Wettbewerb, damit Demokratie lebendig werden und individuelle Freiheit und Initiative sich zum Wohle aller entfalten kann.

Deshalb wollen wir eine Marktwirtschaft, die demokratisch, sozial und ökologisch orientiert ist.

Wir wollen eine demokratische Marktwirtschaft, in der alle Bürger am Haben und am Sagen in der Wirtschaft teilhaben. Formen der Teilhabe sind ein breitgestreutes Eigentum an den Unternehmen und die Mitbestimmung in den Betrieben.

Wir wollen eine soziale Marktwirtschaft, in der alle Arbeit finden, in der die Leistungsfähigen die Schwächeren solidarisch unterstützen, in der ein kollektives Sicherungssystem bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit vor Armut schützt und in der freie und starke Gewerkschaften dafür sorgen, daß alle Beschäftigten am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt sind.

Markt und Wettbewerb

Der Staat ist zu einer aktiven Beschäftigungspolitik verpflichtet. Mit steigender Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft wollen wir das System der sozialen Sicherungen ausbauen, mittels öffentlicher Investitionen unsere Städte und Dörfer erneuern, das Angebot an Wohnraum spürbar verbessern, unser Verkehrsnetz modernisieren, Freizeiteinrichtungen schaffen, unsere Umwelt sanieren und damit allen Bürgern eine höhere Lebensqualität ermöglichen.

Wir wollen eine ökologische Marktwirtschaft, in der der Staat für jedermann verbindliche, strikte ökologische Rahmenbedingungen setzt. Sie sollen bewirken, daß der Raubbau an der Natur durch Produktion und Konsum ein Ende nimmt und daß unsere natürlichen Grundlagen und unsere Gesundheit erhalten bleiben.

Markt und Wettbewerb sind für eine dynamische, ertragreiche Wirtschaft unentbehrlich, da sie Initiative und Leistung herausfordern und belohnen, Angebot und Nachfrage ausgleichen, Innovation stimulieren. Da sie aber von sich aus weder Vollbeschäftigung, noch eine gerechte Verteilung, noch eine ausreichende Versorgung der Menschen mit Gemeinschaftsgütern und -leistungen, noch den Schutz der Umwelt garantieren, bedürfen sie eines demokratisch gesetzten Rahmens.

Diesen Rahmen schafft zum einen der Staat durch politisch planendes, koordinierendes und regulierendes Handeln. Zum anderen schaffen diesen Rahmen die demokratische Mitbestimmung, an der die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sowie die Verbraucher auf unterschiedlichen Entscheidungsebenen beteiligt sind sowie die Kontrolle durch die Öffentlichkeit.

Markt und Wettbewerb funktionieren am besten, wenn mannigfache Eigentumsformen und Unternehmen unterschiedlichster Größe existieren. Deshalb wollen wir ein gleichberechtigtes Nebeneinander von gemeinwirtschaftlichem, genossenschaftlichem, privatem, auch ausländischem sowie gemischtem Eigentum. Der Staat hat aber zu sichern, daß das Gemeineigentum

in dem für das Wohl der Gesellschaft notwendigen Umfang gewahrt bleibt: Das betrifft z. B. Bahn, Post, Fernmeldewesen sowie Energie- und Wasserversorgung. Ansonsten können zentral gelenkte staatliche Unternehmen in das Eigentum von Ländern und Kommunen überführt, in Genossenschaften umgewandelt oder privatisiert werden.

Eine übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht lehnen wir ab. Monopole und erzwungene Betriebszusammenschlüsse (bisherige staatseigene Kombinate) müssen soweit wie möglich in wettbewerbsfähige Unternehmen aufgelöst werden. Wo Monopolbildungen nicht vermeidbar sind, gewinnen demokratische Kontrollmechanismen eine entscheidende Bedeutung. Ohne Großunternehmen ist eine effektive Wirtschaft nicht vorstellbar. Ebenso unentbehrlich sind kleine und mittlere Unternehmen; wir wollen sie stärken.

Wir brauchen einen Aktien- und einen Rentenmarkt, an dem Bürger Ersparnisse anlegen und Unternehmen Investitionskapital aufnehmen können. Ein funktionierender Kapitalmarkt erleichtert zugleich den Zufluß von Auslandskapital, der zur Modernisierung unserer Wirtschaft unerläßlich ist . . .

Notfalls auch Streiks

Für die Arbeit kann es keinen uneingeschränkten Markt geben. Den Unternehmen bzw. Unternehmensverbänden müssen freie Einzelgewerkschaften gegenüberstehen, die unabhängig von staatlicher und parteilicher Einflußnahme Tarifverhandlungen führen und Tarifverträge nach Tarifgebieten abschließen. Die Erzielung tarifrechtlicher Regelungen ist notfalls mit Streiks durchzusetzen.

In Unternehmen aller Eigentumsformen sollten die Arbeitnehmer auf der Basis geltender Rechtsgrundlagen ihre betrieblichen Interessenvertretungen (z. B. Betriebsräte o. ä.) demokratisch wählen.

Weder die Unternehmensleitung noch die betrieblichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer (z. B. Betriebsräte o. ä.) dürfen die gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb behindern. Jedes Mitspracherecht der Parteien im Betrieb ist untersagt.

Formen der Kapitalbeteiligung sind durch die betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer (z. B. Betriebsräte o. ä.) zu bestätigen.

Auf überbetrieblicher Ebene sollen Wirtschafts- und Sozialräte den Interessen der Beschäftigten Geltung verschaffen.

Betriebsräte und Gewerkschaften können mit den Unternehmensleitungen bzw. den Branchenverbänden Formen der Gewinnbeteiligung vereinbaren.

Der Staatshaushalt muß auf einer verantwortlichen Finanzwirtschaft beruhen. Sparsamkeit ist geboten. Die öffentlichen Ausgaben, die unmittelbar der Lebensqualität der Bevölkerung zugute kommen und der Sicherung des Ökosystems dienen, haben Vorrang. Dagegen können andere Aufgaben gestrichen werden, die entbehrlich oder nicht gerechtfertigt sind (z. B. Ausgaben für Rüstungsvorhaben, Repräsentationszwecke u. ä.).

Wir brauchen Steuergerechtigkeit. Darum ist eine umfassende Steuerreform erforderlich. Der Markt gewährleistet von sich aus keine gerechte Verteilung der Einkommen. Das Steuersystem muß hier korrigierend eingreifen.

Eine aktive, verantwortliche Währungs-, Geld- und Kreditpolitik erfordert eine zentrale Notenbank, die von der Regierung unabhängig, deren Präsident aber dem Parlament rechenschaftspflichtig ist. Daneben werden Landesbanken treten. Außerdem muß es ein System selbständiger Geschäftsbanken geben; sie unterstehen einer staatlichen Aufsicht.

Wir wollen eine konvertible Währung. Darum streben wir eine Währungsunion mit der BRD an.

Aus sozialer Verpflichtung wollen wir die Kaufkraft des Geldes und die Ersparnisse der Bevölkerung sichern.

Die Preise der Waren und Leistungen, die auf dem Markt angeboten werden, müssen grundsätzlich freigegeben werden. Wo das Angebot nicht den Wettbewerbsbedingungen unterliegt (z. B. bei Post und Bahn) und wo sonst ökologische und soziale Erfordernisse es gebieten (z. B. in der Landwirtschaft), wird der Staat nicht darauf verzichten können, regulierend auf die Preise einzuwirken.

Sach- und leistungsgebundene Subventionen sollen weitgehend abgebaut werden. An ihre Stelle treten personengebundene, differenzierte Einkommenszuschüsse (z. B. Mietbeihilfen); so werden soziale Härten vermieden. In einigen Bereichen müssen Subventionen beibehalten werden, um unentbehrliche oder schutzbedürftige Formen gesellschaftlichen Lebens zu begünstigen.

Ökologie

Bis heute verschlingt die Wirtschaft hemmungslos Rohstoffe und Energien, vergiftet Luft, Wasser und Boden, belastet das Klima, läßt die Wälder sterben. Doch was ökologisch unvernünftig ist, schlägt zuletzt auf die Leistungskraft der Wirtschaft zurück. Darum muß die Umweltverträglichkeit zum Grundprinzip verantwortlichen Wirtschaftens werden.

Der Staat muß das ökologisch Riskante durch Steuern und Abgaben verteuern, das ökologisch Richtige finanziell begünstigen, damit die ökologischen Folgen unmittelbar in die Produktionskalkulation eingehen. Außerdem muß er strengen Umweltgesetzen Rechnung verschaffen. Sie sollen auf das Verursacherprinzip gründen. Unabhängige Umweltinstitutionen und eine staatliche Umweltaufsicht müssen darüber wachen, daß die Umweltgesetze eingehalten und Verstöße gegen sie geahndet werden. Umweltdaten müssen jederzeit und jedermann zugänglich sein. Aufklärung über Umweltbelastungen, die sich schädlich auf die Menschen auswirken, ist Pflicht.

Landwirtschaft

Giftige und nicht wiederverwertbare Abfallprodukte müssen sicher entsorgt werden. Wir werden es nicht mehr hinnehmen, daß Müll und Sondermüll über die Grenzen zu uns gebracht werden — unser Land steht nicht länger als Mülldeponie zur Verfügung.

Rohstoffe und Energieträger stehen uns nur begrenzt zur Verfügung. Sie zu gewinnen und zu verwenden ist oft nicht möglich, ohne die Umwelt zu belasten. Aus beiden Gründen ist ein sparsamer Umgang mit ihnen erforderlich.

Wir treten dafür ein, daß die Braunkohlewirtschaft deutlich eingeschränkt wird. Alle Großkraftwerke auf fossiler Basis müssen technisch derart ausgerüstet werden, daß sie möglichst wenig Schadstoffe ausstoßen. Wo immer eine Ablösung der Braunkohle durch importierte Energieträger (Erdgas, Öl, Steinkohle) möglich und sinnvoll ist, soll sie erfolgen. Wir wollen, daß die DDR sich in das europäische Energieverbundsystem integriert.

Wir befürworten einen Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft, wo die Entsorgung und die Sicherheit der Kraftwerke nicht gewährleistet werden kann . . .

In der Landwirtschaft sollen — wie in anderen Wirtschaftsbereichen — Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen existieren können. Wir wenden uns jedoch gegen eine Restaurierung des einstigen Großgrundbesitzes in der DDR — die Bodenreform ist unwiderruflich. Auch wer nach der Bodenreform seinen Besitz in der DDR zurückgelassen und für ihn in der BRD Lastenausgleich erhalten kann, kann keine Eigentumsrechte mehr an diesem Besitz geltend machen. Wir meinen, daß genossenschaftlich organisierte Betriebe mit demokratischen Strukturen eine günstige Möglichkeit für ertragreiches und ökologisch verträgliches Wirtschaften bieten. Doch wer als Genossenschaftsbauer oder sein Erbe einen bäuerlichen Privatbetrieb gründen oder wiedererrichten will, hat Anspruch darauf, für diesen Zweck Grund und Boden zu erhalten. Dazu bedarf es rechtlicher Regelungen. Wir halten es für wünschenswert, daß agrarindustrielle Komplexe und andere zentralisierte Landwirtschaftsunternehmen in umweltgerecht wirtschaftende und ertragreiche Betriebe genossenschaftlichen oder privaten Eigentums umgewandelt werden.

Es hat sich als ökonomisch wie ökologisch schädlich erwiesen, daß Pflanzenanbau und Tierzucht voneinander getrennt und in zu großen Betrieben konzentriert worden sind. Diese beiden landwirtschaftlichen Bereiche können wieder zusammengeführt und in strukturell ausgewogenen Betrieben neu geordnet werden.

Es soll wieder Freude machen, auf dem Lande zu arbeiten und im Dorf zu wohnen. Die bäuerliche Struktur ist ein kostbares Gut.

Der Wald in unserem Land ist schwer bedroht. Er muß vor Vernichtung durch Schadstoffe gerettet und in seinem Bestand gesichert werden. Wir wollen einen ökologisch stabilen Wald mit vielfältigen, vor allem einheimischen Arten.

Wir wollen Gewerbefreiheit. Staatliche Handwerks-, Dienstleistungs-, Handelsbetriebe und Gaststätten sollen, wo immer es um größerer Flexibilität und Rentabilität willen angeraten ist, ohne Hemmnisse in genossenschaftliches oder privates Eigentum übergehen.

Das Handwerk soll in möglichster Breite gefördert werden, auch und gerade im Blick auf vernachlässigte oder fast ausgestorbene Produktionsarten und Gewerbe. Das Handwerk braucht Nachwuchs. Wir wollen, daß er ungehindert herangebildet werden kann.

Eine moderne Wirtschaft kommt ohne ein modernes Dienstleistungswesen nicht aus. Seine Entwicklung unterstützen wir.

Der Handel soll angebotsorientiert den Markt bedienen. Alle Waren sollen den Verbraucher auf dem kürzesten Wege erreichen. Der Staat darf den Handel nicht reglementieren. Doch soll er den Konsum gesundheitsmindernder oder umweltbelastender Waren durch Extrasteuern begrenzen. Damit die Käufer nicht übervorteilt werden, sind Verbraucherberatungsdienste und ein Institut für Warentest erforderlich.

Bau und Verkehr

Eine verfehlte Politik hat es dahin gebracht, daß ungeachtet enormer Anstrengungen der Bauleute viele Menschen nur unbefriedigende oder unzumutbare Wohnungen haben und daß zahlreiche Innenstädte in unserem Land verfallen. Ein Strukturwandel in der Bauwirtschaft ist dringend geboten. Wir wollen, daß leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe aller Eigentumsformen entstehen; sie sind eher als alte oder neue Großunternehmen fähig, den Anforderungen bedürfnisgerechten Bauens flexibel zu entsprechen. Die Generalbebauungspläne von Regionen und Kommunen müssen von folgenden Gesichtspunkten bestimmt sein: Die Bürgerinnen und Bürger wollen unter menschenwürdigen, gesundheitsfördernden und umweltverträglichen Bedingungen wohnen und arbeiten, sich kulturell betätigen und ihre Freizeit auf unterschiedliche Weise nutzen; historische Bauten und Denkmäler müssen erhalten bleiben und harmonisch in neue Baukomplexe einbezogen werden; der Verkehr soll den Menschen zuträglich und der Umwelt nicht gefährlich sein.

Beim Wohnungsbau sollen Werterhaltung, Instandsetzung und Neubau in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander kommen. Sozialdemokratische Baupolitik begünstigt den sozialen Wohnungsbau, läßt aber auch genossenschaftlichen und privaten Bauherren genügend Raum.

Das Verkehrswesen soll zugleich modern und leistungsfähig, menschen- und umweltgerecht sein. Das Straßennetz muß saniert werden. In den Städten sind mehr verkehrsberuhigte Bereiche bzw. Fußgängerzonen nötig. Der öffentliche Personenverkehr verdient gegenüber dem motorisierten Individualverkehr entschieden den Vorrang. Deshalb muß er attraktiv gemacht und weiter subventioniert werden.

Das Schienennetz und die Anlagen der Deutschen Reichsbahn erfordern eine weitreichende Erneuerung.

Die DDR ist in die komplexen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge eingebunden und soll sich planvoll noch stärker in sie integrieren, indem sie sich entschieden auf die Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung und Kooperation einstellt. Sie wird einen Wirtschaftsverbund mit der Bundesrepublik eingehen. Sie strebt enge Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft an. Die über Jahrzehnte gewonnenen Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern Osteuropas sollen weiterentwickelt werden . . .



Alltag in der DDR: Um die Verkehrsprobleme zu mindern, will die SPD den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. **Foto: Glaser**

Deutsche Mark soll ab Juli auch als Währung in der DDR gelten

SPD-Eckpunkte für Verhandlungen mit Bonner Regierung

Für die SPD hat die Sicherung der Interessen der DDR-Bewohner im Einigungsprozeß mit der Bundesrepublik Vorrang. Ibrahim Böhme nannte auf dem Leipziger SPD-Parteitag die Eckpunkte, auf die sich eine SPD-geführte DDR-Regierung bei den Verhandlungen mit der Bundesrepublik stützen wird. ExtraBlatt dokumentiert im Wortlaut:

Erstens: Die Einführung der D-Mark zu einem möglichst frühen Zeitpunkt. Ich teile die Auffassung, daß dies, wenn irgend machbar, bis spätestens zum 1. Juli 1990 erfolgen sollte.

Zweitens: Umstellung aller Ersparnisse von Ost-Mark auf D-Mark im Verhältnis 1:1.

Dabei werden wir berücksichtigen müssen, daß die Konten nicht auf einmal in Geldumlauf kommen können. Also wird es notwendig sein, für alle pro Kopf einen 1:1 zu tauschenden Betrag sofort freizugeben und dann nach sozialen Gesichtspunkten den Rest schrittweise in Einklang mit der Geldpolitik zu bringen.

Drittens: Gleichzeitig Verabschiedung der wichtigsten Regeln, die zu einer funktionierenden Marktwirtschaft gehören. Hierzu gehört auch die grundlegende Frage der Preise. Allerdings werden wir Sorge dafür tragen, daß die Preise, die den Verbraucher treffen, soweit möglich, mit dem Wachstum von Produktivität und Löhnen schrittweise steigen. Das gilt allerdings nicht für die Verschwendungspreise bei Energie.

Da die Volkskammer nicht in der Lage sein kann, so umfassende Gesetzeswerke (von Gewerbefreiheit über ein wettbewerbsorientiertes Steuerwerk für die Unternehmen bis zum Antimonopolgesetz, um nur einiges zu nennen) gleichzeitig zu verabschieden, müssen wir uns wohl zeitweilig auf Eckwerte und Leitsätze beschränken.

Viertens: Gleichzeitige Schaffung einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit.

Regelung und Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit.

Diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden zu einem baldigen Zeitpunkt in Zusammenhang stehen mit sozial abgesicherten Umschulungsprogrammen, um Qualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen, die den Arbeitenden einen leichten Einstieg in die sich verändernden Technologien gewährleisten.

Fünftens: Es gibt besonders in den ländlichen Gebieten, aber auch bei Mietern in den Städten, eine wachsende Unruhe über die Zukunft von Boden, Eigentum und seiner Nutzung, das früher anderen Personen, insbesondere Bürgern der Bundesrepublik, gehörte. Wir Sozialdemokraten folgen bei der Beantwortung dieser schwierigen Frage zwei Grundsätzen:

a) Die Bodenreform von 1945 darf nicht in Frage gestellt werden;

b) Die Nutzer von Eigentum, z. B. die Mieter, müssen sich auf eine gesicherte Rechtsgrundlage stützen können.



Frau im Braunkohlerevier: Die SPD fordert volle Gleichberechtigung. Fotos: Paul Glaser

Sechstens: Die DDR leidet an zuviel staatlichem oder gesellschaftlichem Eigentum an den Betrieben.

Die SPD tritt deshalb nachdrücklich für mehr privates Eigentum in den Produktions- und Dienstleistungsbetrieben ein. Aber wir sagen auch: Eigentum muß sozialrechtlich sein. Eigentum darf keine Willkür erlauben. Das ist gesetzlich zu regeln.

Siebtens: Einführung von Gewerberegeln, die den Verkauf von Grund und Boden nicht unmöglich machen, aber jeder Form der Spekulation und Ausnutzung von Währungs- und Einkommensunterschieden der westlichen Staaten zur DDR einen Riegel vorschieben.

Achtens: Förderung der Beteiligung von Unternehmen der Bundesrepublik an Unternehmen der DDR auch über die 50-Prozent-Grenze hinaus, aber unter Gewährleistung, daß solche Beteiligungen wirklich der Sicherheit der Arbeitsplätze und nicht nur dem Einkauf in den Markt der DDR dienen.

Neuntens: Keine Freigabe der Mieten, sondern sozialer Angleich an die Entwicklung in Produktivität und Einkommen.

Zehntens: Vernünftige Aufgliederung der Kombinate und Stärkung der mittelständischen Wirtschaft.

Elftens: Sanierung von ökologisch gefährdeten Betrieben, wenn irgend möglich ohne Betriebsschließungen, denn diese führen fast immer zum endgültigen Verlust des Arbeitsplatzes.



Hat alles im Griff: SPD-Vorsitzender Ibrahim Böhme.

Aus diesen Punkten wird klar: Wir wollen die Marktwirtschaft, aber wir wollen sie sozial und ökologisch. Wir wollen die Währungsunion, aber wir sehen die Risiken. Um die Risiken abzumildern, brauchen wir insbesondere die Hilfe der Bundesrepublik. Wir können den schnellen Wechsel nur verkraften, wenn uns die Bundesrepublik beim Aufbau des Sozialwesens, insbesondere bei den Renten, hilft.

Wir brauchen aber auch eine breite Solidarität aller gesellschaftlichen Kräfte hüben und drüben. Die Aufgabe ist gewaltig. Sie ist nur gemeinsam zu lösen. Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik müssen einen Stabilisierungspakt eingehen, der verhindert, daß unsere Wettbewerbskraft überfordert wird.

Investierende Unternehmen aus der Bundesrepublik dürfen nicht immer nur ihre Interessen kurzfristig sehen, sondern müssen auch die Lage der DDR im ganzen berücksichtigen. Und Parteien sollten nicht streiten, wo sie gemeinsam handeln können.

Mit diesen Zielen und Anliegen wird eine SPD-geführte DDR-Regierung das Gespräch mit der Regierung der Bundesrepublik unmittelbar nach dem 18. März aufnehmen.

Es ist ein Weg in eine neue Zeit, in der die Solidarität, die die Menschen üben, den Menschen dient und nicht dem Macht- und dem Glanzprotz einer herrschenden Schicht, die sich auf ewig in ihrer Herrschaft einrichtet, um einem ganzen Volk ab und an, zu Parteitagen und anderen Höhepunkten, scheibchenweise Sozialstaatlichkeit hinüberreicht als einen uneinlösbaren Wechsel auf die Zeit.

Wir werden unsere zerfallenden Städte gemeinsam wieder zu bewohnbaren und kulturvollen Heimstätten aller Menschen machen.

Wir werden in unseren ländlichen Bereichen wieder das an ethnischem und geselligem Leben sichern, was Goethe in seiner Verszeile „saure Wochen, frohe Feste" im „Zauberlehrling" meinte.

Ja, wir werden unseren Partnern im gemeinsamen europäischen Haus wie „Zauberlehrlinge" anmuten!

Wir werden so ökonomisch sein, daß unsere soziale Verantwortung unseren sozial schwachen Schichten, unseren Rentnern, kinderreichen Familien, alleinstehenden Müttern gegenüber nicht als der Restbestand einer überkommenen Sozialstaatlichkeit aufstoßen muß!

Wir werden uns bemühen, so ökologisch wie möglich und nicht nur wie nötig zu sein!

Wir werden dafür sorgen, daß Bildung nicht nur von einer echen Chancengleichheit ohne soziale, weltanschauliche und religiöse Ausschließlichkeit geprägt sein wird. Das freie Elternrecht wird einen festen Platz in unserer Bildungspolitik haben auf der Grundlage der Rechte in Freiheit aufwachsender Kinder und Jugendlicher!

Wir werden darauf hinwirken, daß freie Kultur sich nicht in den Nischen einer zweiten, inoffiziellen Kulturebene verstecken muß, sondern das allen Menschen frei erreichbar Gemäße sein kann!

Wenn wir sagen: „Vor Sozialdemokraten braucht niemand Angst zu haben!", so meinen wir:

1. Sozialdemokraten haben niemals Menschen in einen Krieg oder in Unfreiheit getrieben.
2. Sozialdemokraten haben immer die Menschenrechte und die Würde der Menschen geachtet und haben für diese gekämpft — oft unter Einsatz ihrer Freiheit oder gar ihres Lebens.
3. Sozialdemokraten werden sich für die sozialen und die Bürgerrechte aller Menschen, Schichten, der nationalen Minderheiten — wie beispielsweise der Sorben — und der religiösen Minoritäten in der gleichen Weise einsetzen wie für den Schutz des Eigentums und der Eigentums- wie Erwerbsrechte.

Wir meinen damit aber auch, daß wir den Menschen in unserem Lande die Angst vor dem Neuen nehmen möchten!

Wir werden niemals für uns beanspruchen, im Besitze der ausschließlichen Wahrheit zu sein, sondern uns immer der demokratischen Konkurrenz stellen.

Doch wir meinen auch: Diese schweren und gleichzeitig schönen Stunden in unserem Lande brauchen nichts so sehr wie die sozialdemokratische Verantwortung, die Regierungsverantwortung.

Ich erinnere mich in diesem Moment eines illegalen Videos, das über das bundesdeutsche Fernsehen am 1. November 1988 ausgestrahlt wurde, in dem ich sagte: „Es ist mir nicht wichtig, wie der Zug heißt, der in unserem Lande in die Demokratie fährt, Perestroika, offene oder demokratische Zukunft. Ich möchte, daß in diesem Zuge jeder mitfahren kann, der das möchte. Aber Augenmerk möchte ich darauf haben, daß nicht die an den Tender oder an die Lokomotive gelangen, die für die jetzigen Zustände in unserem Lande verantwortlich sind."

In diesem Sinne sollten wir den Umbruch in unserem Lande verstehen und mit allen demokratischen Kräften praktizieren.

Und ich fordere Sie alle hier im Saale und draußen im Lande auf: Machen Sie mit und wählen Sie am 18. März die SPD.



Die Qual der Wahl: Aus einem Berg von Zuschriften mußten SPD-Vorstandsmitglied Stefan Finger und seine Söhne die Gewinner des Preisrätsels ziehen.

Lösungswort „Schwante"

300 000 Zuschriften beim Preisrätsel

Damit hatte niemand gerechnet: Die Resonanz auf das Preisausschreiben im ersten ExtraBlatt von Mitte Januar überstieg alle Erwartungen – rund 300 000 Karten und Briefe stapelten sich in den letzten Wochen im SPD-Büro in der Berliner Rungestraße.

Am 26. Februar war es dann soweit: SPD-Vorstandsmitglied Stefan Finger hatte seine beiden Söhne Albrecht und Georg mit in die Geschäftsstelle gebracht. Die Zwillinge sollten die glücklichen Gewinner ermitteln.

Das richtige Lösungswort lautete, wie auf den meisten Karten vermerkt, „Schwante". Dort wurde am 7. Oktober vergangenen Jahres illegal die SPD der DDR gegründet.

Den ersten Preis, eine fünftägige Reise nach Brüssel für zwei Personen, hat A. Weber aus Schkopau 4212, Bahnhofstraße 13, gewonnen. Die dreitägige Straßburg-Reise – ebenfalls für zwei Personen – geht an Constanze Luther, Berlin 1140, Allee der Kosmonauten 165.

Die Hauptgewinne

Je einen Band der „Geschichte der Sozialdemokratie" erhalten Gerlinde Hoterichter aus Forst in der Lausitz, Marlies Knobbe aus Apolda, M. Gödicke (Oranienbaum), Bernd Jäger (Markkleeberg), Rowena Göhrndt (Magdeburg), Annemarie Richter (Berlin), Siegfried Huck (Waltershausen), W. Hoffmann (Leuna), Uwe Bauer (Berlin), Ingrid Hanke (Halle), Karl Blaue (Laucha), Ute Hörnung (Eisleben), Simone Perthen (Coswig), Regina Fischer (Zittau), Steffen Golz (Lugau), G. Hable (Plauen), Dieter Beck (Bernburg) und H. Hoffmann aus Oranienbaum.

Als „enorm im Vergleich zu anderen Preisausschreiben" nennt Stefan Finger, der für den SPD-Vorstand verantwortlich zeichnet für das ExtraBlatt, die Resonanz auf diese Aktion. Die Zahl der Antwortschreiben mache deutlich, daß weitaus mehr als eine Million DDR-Bürgerinnen und -Bürger das ExtraBlatt gelesen hätten.

Absichtlich habe man als Hauptgewinne „europäische Preise" ausgewählt: „Wir wollten auch dieses Preisrätsel ganz eindeutig in den Rahmen der angestrebten europäischen Einigung stellen." Ganz besonders bedankt sich die SPD bei ihren Freunden vom Bund der sozialdemokratischen Parteien in Europa, die die Reisen in die Metropolen der Europäischen Gemeinschaft und des Europaparlaments gestiftet haben.

Der SPD-Vorstand auf einen Blick

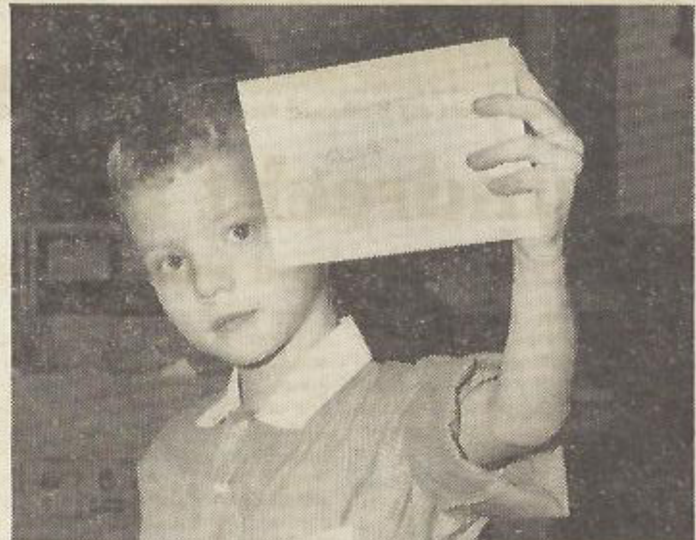
Vorsitzender:
Ibrahim Böhme (Berlin)

Stellv. Vorsitzende:
Karl-August Kamilli (Leipzig), Markus Meckel (Magdeburg), Angelika Barbe (Berlin)

Geschäftsführer:
Stephan Hilsberg (Berlin)

Schatzmeister:
Hinrich Kuessner (Rostock)

Vorstandsmitglieder (in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen):
Aigali Dshunussow (Berlin), Roland Nedelev (Dresden), Konrad Elmer (Berlin), Marie-Elisabeth Lüdde (Thüringen), Franz Terpe (Rostock), Susanne Seils (Magdeburg), Sabine Leger (Berlin), Manfred Becker (Berlin), Martin Gutzeit (Potsdam), Stefan Finger (Berlin), Reinhard Höppner (Magdeburg), Thomas Schmidt (Thüringen), Christoph Matschie (Thüringen), Steffen Reiche (Potsdam), Britta Schelling (Frankfurt/Oder), Dagmar Kühnast (Thüringen), Simone Manz (Thüringen), Christina Lucya (Rostock), Franz Bogisch (Berlin), Johannes Gerlach (Chemnitz), Manfred Kühn (Neubrandenburg), Jens Richter (Thüringen), Petra Hoffmann (Halle), Wilfried Machalett (Thüringen).



Eine Karte mit der richtigen Lösung in der Hand: der vierjährige Georg Finger. Fotos: Glaser

ExtraBlatt-Preisausschreiben

Gewinnen Sie eine Reise nach Malta!

Preisfrage: Welcher international bekannte Politiker ist Ehrenvorsitzender von zwei gleichnamigen Parteien?

1. Preis: ein zweiwöchiger Urlaub auf der Mittelmeerinsel Malta für zwei Personen
2. Preis: eine fünftägige Reise nach Bonn für zwei Personen
3.–20. Preis: eine persönliche Einladung zum SPD-Wahlabend am 18. März 1990 in Berlin

Den Namen des Ehrenvorsitzenden senden Sie bitte auf einer Postkarte an die SPD-Geschäftsstelle, Stichwort Rätsel, Rungestraße 3–6, Berlin 1020. Der Einsendeschluß (Datum des Poststempels) ist der 10. März 1990. Gehen mehr richtige Lösungen ein, als Preise vorhanden sind, entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.



Setzt sich für das Recht auf Wohnraum für jeden Bürger ein: SPD-Gründungsmitglied Arndt (dritter von links).

Grundrecht auf Wohnen sichern

Soziales Mietrecht und kommunales Eigentum als Basis für Bodenpolitik

Einst wurde die Wohnungs- und Städtepolitik in der DDR als das Lieblingskind der Propaganda gefeiert. Doch heute steht fest: Die verhängnisvolle Politik der Vergangenheit hat schlimme Spuren hinterlassen.

Die Negativergebnisse: Weite Bereiche des Wohnungsbestands sind verelendet; durch eine beispiellose Kulturbarbarei ist wertvolle Altbausubstanz verkommen.

Ein aktuelles Problem kommt hinzu: Viele Bürger der DDR fragen besorgt, was aus ihren Mieten wird, wenn es zur Einheit kommt. Und: „Wird es auch weiterhin unseren Kündigungsschutz geben?"

Ängste, die ernst genommen werden müssen. Ein erster Schritt zur wirksamen Interessenvertretung der Mieter erfolgte Mitte Februar im Berliner „Haus der Demokratie". Dort wurde ein DDR-weiter Mieterbund gegründet, der, wie Versammlungsleiter Arne Fellin versicherte, parteipolitisch unabhängig sein soll.

Die SPD steht voll hinter den Forderungen des Mieterbundes. Ihr Koordinator für Wohnungs- und Städtebaupolitik, Arndt Noack, läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sich auch die SPD für ein soziales Mietrecht, für das Recht auf Wohnraum für jeden Bürger und für eine auf kommunalem Eigentum basierende Bodenpolitik einsetzt.

Zur Sicherung des Grundrechts auf Wohnraum sagt der Greifswalder Sozialdemokrat: „Alle Menschen, unabhängig vom Alter, haben das Recht auf eine funktionstüchtige, geräumige und bezahlbare Wohnung." Im Zusammenwirken von Staat, Ländern und Gemeinden sei eine flexible Förderung des Wohnungsbaus zu gewährleisten, „die Eigeninitiative und Mietermitwirkung ermöglicht".

Die Bildung von Wohneigentum soll nach den Worten von Noack durch Steuervergünstigungen, zinsgünstige Kredite und den Aufbau von Bausparkassen forciert werden. Viel verspricht sich Sozialdemokrat Noack von neuen genossenschaftlichen Konzepten sowie von der Reorganisation und Demokratisierung der bestehenden Wohnungsgenossenschaften.

Öffentlicher geförderter Mietwohnungsbau und gemeinnütziger Wohnungsbau sollen als Instrument sozialer Wohnungspolitik eingesetzt werden. Denn, so hebt Arndt Noack hervor, es sei Aufgabe des Staates, „besonders denen bei der Wohnungsversorgung zu helfen, die nicht aus eigener Kraft eine Wohnung bauen, kaufen oder mieten können".

Aber Studentenpfarrer Noack macht auch keinen Hehl daraus, daß gutes Wohnen seinen Preis habe. Ziel sei die Bereitstellung von Wohnungen in guter Qualität und zu erschwinglichen Preisen für jede soziale Gruppe. Nur wenn der echte volkswirtschaftliche Wert der Wohnung wieder deutlich sei, könne verantwortlich damit umgegangen und private Initiative ausgelöst werden.

„Wir brauchen eine Wohnungsbewirtschaftung, die wieder wirtschaftlichen Regeln folgt", sagt Noack weiter. Eine sozial verträgliche Mietpreisreform könne aber nur mit einer parallel einhergehenden Lohn-, Stipendien-, Renten-, Preis- und Steuerreform erfolgen. Wohngeld solle soziale Härten ausgleichen. Auch sei ein Mietrecht zu entwickeln, das der Sicherheit der Mieter verpflichtet sei und die Belange der Eigentümer berücksichtigt.

Grund und Boden in privaten und anderen Eigentumsformen müssen nach den Vorstellungen der SPD der Spekulation entzogen bleiben. Dazu brauchen, so Noack, die Kommunen ein weitgehendes Verfügungs- und Nutzungsrecht. Der im Volkseigentum befindliche Grund und Boden soll in kommunales Eigentum überführt werden. Es sei dann Sache der Städte und Kreise, Nutzungsrechte in Form eines Erbbaurechts an Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe sowie zur wohnungswirtschaftlichen Verwendung zu vergeben.

Ohne die Mobilisierung der Selbsthilfekräfte sind nach Ansicht von Noack die riesigen Aufgaben für den Wohnungsneubau und die Bestandsverbesserung nicht zu lösen. Deshalb fordert er eine durchgreifende Umgestaltung der Bauwirtschaft. Neben der Entwicklung von kleineren und mittleren Bau-, Reparatur- und Projektierungsbetrieben soll die Gründung privater und genossenschaftlicher Bauhandwerksbetriebe besonders gefördert werden.

Soziales hat bei der SPD Vorrang

Die Solidargemeinschaft des Volkes wird bei der SPD ganz groß geschrieben: eine Solidargemeinschaft, in der wirtschaftliche Macht begrenzt, der erarbeitete Wohlstand chancengleich verteilt und niemand an den Rand gedrängt wird. Deshalb heißt soziale Marktwirtschaft für die SPD nicht nur freier Wettbewerb der Leistungsstarken. Soziale Marktwirtschaft heißt auch:

- Soziale Verantwortung des Staates und Pflicht zur sozialen Grechtigkeit durch eine entsprechende Gesetzgebung;
- rechtzeitige Vorsorge und wirksame Fürsorge;
- keine Ausgliederung von Randgruppen;
- Kündigungsschutz für Behinderte, Schwangere und Alleinerziehende;
- Aufbau einer kinderfreundlichen Gesellschaft;
- rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau;
- Schutz und Rechtssicherheit für die Familie;
- menschenwürdiges Wohnen und soziales Mietrecht;
- Hilfe zur Selbsthilfe;
- Förderung weltanschaulich unabhängiger und kirchlicher Sozialeinrichtungen.

„Der Plan muß weg"

Die SPD will soziale Marktwirtschaft einführen

Die SPD setzt auf eine „ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft". Experimente mit einer „marktorientierten Planwirtschaft" oder einer „sozialistischen Marktwirtschaft" werden abgelehnt. Folgerichtig heißt es im SPD-Wirtschaftsprogramm: „Der Plan muß weg. Die Allmacht des Staates muß weg."

Nachdrücklich tritt die SPD für Markt und Wettbewerb ein, damit sich individuelle Freiheit und Initiative zum Wohle aller entwikkeln könnten. Die Marktwirtschaft wird von den Sozialdemokraten als „umfassendes Ordnungsprinzip" angesehen. Die Unternehmen sollten völlig freie und eigenverantwortliche Entscheidungen treffen können.

Das heißt im Klartext: Leistungswettbewerb und freie Preisbildung. Preissubventionen sollten abgebaut und durch direkte Zahlungen an Leistungsschwächere ersetzt werden. Das erfordere die Erhöhung aller Erwerbs- und Sozialeinkommen.

Der Staat soll nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten lediglich die Rolle zugewiesen bekommen, den Ordnungsrahmen abzustecken. So will die SPD nach den Wahlen am 18. März ein striktes Wettbewerbsrecht einführen und Gewerbefreiheit, Eigentumsrecht, private Unternehmensgründungen und -beteiligungen gewährleisten.

Ferner heißt es in dem SPD-Wirtschaftsprogramm, daß allen Bürgern der Erwerb von Produktivvermögen ermöglicht werden solle. Volkseigene Betriebe und Kombinate sollten sobald wie möglich privatisiert werden. Sie könnten in Aktiengesellschaften umgewandelt werden, deren Anteile Bürger, Länder und Gemeinden in der DDR erwerben könnten. Das Kapital solle von einer Treuhandbank verwaltet werden.

Das Wirtschaftsprogramm sieht auch Regelungen für Gebietsfremde vor. Sie könnten sich an Kapitalgesellschaften beteiligen. Auch die Gründung von Tochtergesellschaften gebietsfremder Unternehmen soll zugelassen werden. Eine Begrenzung der Kapitalbeteiligung von Gebietsfremden auf 49 Prozent wird abgelehnt.

An der Bodenreform von 1946 will die SPD festhalten. Über die kollektive oder individuelle Bewirtschaftung sollen die Bauern selbst entscheiden. Der Erwerb von Grund und Boden soll an bedingungen geknüpft werden, die Spekulationen ausschließen. Das Vorkaufsrecht der Kommunen will die SPD gesetzlich sichern. Gebietsfremde sollen für die Errichtung von Betriebs-, Geschäfts- und Wohngebäuden für ihre Arbeitnehmer Grundstücke langfristig pachten können.

Die SPD spricht sich außerdem für eine Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit aus. Die Steuer dürfe nicht zu einer weitgehenden Nivellierung der Einkommen führen. Das Steuersystem der DDR solle weitgehend dem der BRD entsprechen, aber nicht die vielen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten und Schlupflöcher zulassen.

Die Jugend macht Wahlkampf für die SPD

Junge Sozialdemokraten betonen ihre Eigenständigkeit

Wahlkampf für die SPD – das ist für die Jungen Sozialdemokraten eine ausgemachte Sache. Gleichzeitig legen sie aber auch auf ihre Eigenständigkeit größten Wert.

„Wir verstehen uns vor allem als Alternative zur FDJ", erklärt Thomas Heppener, der 24 Jahre alte Geschäftsführer der Jungen Sozialdemokraten. Im Mittelpunkt steht im Moment der Aufbau von Organisations- und Arbeitsstrukturen. „Dabei nehmen wir auch gerne die Hilfe der bundesdeutschen und Westberliner Jusos in Anspruch", sagt der Geschäftsführer, nicht ohne hinzuzufügen, daß aber auch gegenüber der westlichen Schwesterorganisation die Eigenständigkeit gewahrt bleiben solle.

Möglichst schnell wollen die Jungen Sozialdemokraten in die inhaltliche Arbeit einsteigen. „Wir haben nicht die Absicht, uns erst endlose Strukturdebatten zu liefern oder uns in Flügelkämpfen aufzureiben", zeichnet Thomas Heppener die Linie vor. Das Hauptaugenmerk liege auf der inhaltlichen konkreten Arbeit.

Und da haben sich die Jungen Sozialdemokraten einiges vorgenommen. Zunächst einmal gehe es darum, bestehende Jugendklubs und Kinderfreizeitzentren zu erhalten. Gleichzeitig müßten jedoch die Angebote in den Jugendfreizeiteinrichtungen den Bedürfnissen der DDR-Jugendlichen angepaßt werden.

„Ein wichtiges Gebiet wird die Bekämpfung der aufkommenden Jugendarbeitslosigkeit." In der vergangenen Woche haben die Jungen Sozialdemokraten gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend eine Aktion veranstaltet und dabei unter anderem eine gesetzliche Regelung für die Übernahme von Auszubildenden nach der Lehre gefordert.

Weiterer Arbeitsschwerpunkt der sozialdemokratischen Jugendorganisation soll die Ökologie werden; nicht verwunderlich angesichts der massiven Verschmutzungen von Boden, Luft und Wasser. „Wir planen ein Forum zur Ökologie", so Thomas Heppener. „Dabei wollen wir ein neues Energiekonzept für die DDR erarbeiten und Aktionen zum Schutz der Natur unterstützen."

Ja zur Einheit

Ganz entschieden sprechen sich die Jungen Sozialdemokraten – ebenso wie die SPD – gegen eine „Angliederung" der DDR an die Bundesrepublik aus. Einheit ja, aber nur auf der Basis vernünftiger, gleichberechtigter Verhandlungen, lautet die Formel „Es ist ja nicht so, daß die DDR nichts in eine Vereinigung einzubringen hätte", betont Heppener. So sollten etwa einzelne Jugendgesetze ebenso erhalten werden wie das Prinzip des Gesamtschulsystems.

Auch innerhalb der SPD wollen die Jungen Sozialdemokraten ihre Ziele durchsetzen. Antrags- und Rederecht haben sie der „Mutterpartei" bereits abgerungen. Beim Leipziger Parteitag war die Jugendorganisation mit sechs Delegierten dabei, und fest steht auch, daß Mitglieder der Jungen Sozialdemokraten auf der SPD-Liste zur Volkskammerwahl repräsentiert sein werden.

Probleme hat die Organisation bislang noch damit, junge Frauen und Mädchen für die Mitarbeit zu gewinnen. Dem 21köpfigen Vorstand gehört lediglich eine Frau an. „Grundsätzlich sind wir durchaus zur Quotierung bereit", so der Geschäftsführer.

In den nächsten (Wahlkampf-) Wochen stehen gleich mehrere von den Jungen Sozialdemokraten organisierte Veranstaltungen auf dem Programm. Am 5. März startet in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle ein großes Rock-Spektakel mit Roger Chapman & The Shortlist, mit Mixed Pickles und Zöllner. Mit von der Partie sind auch der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Walter Momper, die SPD-Bezirksvorsitzende von Berlin, Anne Kathrin Pauk, sowie Pfarrer Friedrich Schorlemer.

Eine Alternative zum oft tristen Freizeitalltag vieler Jugendlicher soll in den nächsten Tagen bis zur Volkskammerwahl ein Disco-Bus bieten, mit dem die Jungen Sozialdemokraten – quer durch die DDR – auf die Lebensmöglichkeiten vieler Jugendlicher hinweisen wollen. In insgesamt achtzehn Orten wird der Disco-Bus halt machen. Mit Talks und anderen pfiffigen Einfällen stellt sich der sozialdemokratische Jugendverband selbst vor und will junge Leute zur Mitarbeit gewinnen.

Dabei soll auch deutlich werden: Wahlkampf – das steht für die sozialdemokratischen Jugendlichen fest – wird mit der und für die SPD gemacht, „aber unsere eigenen Ziele werden wir dabei nicht vernachlässigen".



Die Alternative ist klar: Junge Sozialdemokraten. Foto: Nemes

Breites Angebot an alle Kinder

Interessenvertretung für Jugendliche

Kinder und Jugendliche haben im Grundsatzprogramm der SPD einen besonderen Stellenwert. So setzt sich die SPD dafür ein, daß Kindern keinerlei Nachteile aus ihrer Herkunft erwachsen.

Insbesondere will sich die SPD darum kümmern, daß die Belastungen, die Kindern aus der Scheidung ihrer Eltern erwachsen, auf das Minimum begrenzt werden. Einen besonderen staatlichen Schutz soll die Familie erhalten. „Denn", so heißt es im SPD-Grundsatzprogramm, „nur in einer stabilen Familie haben Kinder die besten Entwicklungschancen."

Ausdrücklich spricht sich die SPD für ein „breites, vielfältiges Angebot von familienergänzenden Einrichtungen" aus. Die SPD strebt eine kinderfreundliche Gesellschaft an: „Sowohl in der Familie als auch in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen brauchen Kinder Ermunterung, Forderung und Anregung, Raum für Spiel und Bewegung, für ihren Erkundungsdrang und die Betätigung ihrer Phantasie." Sie sollten geschützt werden „vor emotionaler, geistiger oder körperlicher Überforderung, vor Gewalt und ungehemmtem Medienkonsum".

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sollen stärker als bisher bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Das gelte insbesondere für den Wohnungsbau, die Verkehrsgestaltung und für die Infrastruktur der Kommunen. So versichert die SPD, daß sie sich der Interessen der Jugendlichen auf parlamentarischer Ebene besonders annehmen werde.

Ferner setzen sich die Sozialdemokraten dafür ein, daß junge Menschen ihre Interessen selbständig und mit allen demokratischen Rechten vertreten können. Bereits in der Schule müsse es für sie möglich sein, demokratische Selbstbestimmung einzuüben.

„Profite für das Gemeinwohl nutzen"

Interview mit dem Vorsitzenden der Jungen Sozialdemokraten, Arne Grimm

Für eine Einsetzung einer verfassunggebenden Versammlung als Auftakt der deutsch-deutschen Vereinigung machen sich die Jungen Sozialdemokraten stark. Das erklärte der Vorsitzende der Jugendorganisation, der 20jährige Berliner Arne Grimm, in einem ExtraBlatt-Interview.

ExtraBlatt: Wie stehen die Jungen Sozialdemokraten zur Frage der deutschen Vereinigung?

Grimm: Ich denke mir, daß wir einiges einzubringen haben, wenn es zur Vereinigung zwischen Bundesrepublik und DDR kommt. Nur wenn es zu einem sofortigen „Anschluß" der DDR an die BRD käme, wäre die große Chance einer wirklichen Vereinigung – das bedeutet ja immer auch Verständigung – vertan. Sicher braucht die DDR umfassende materielle Hilfe. Das darf aber nicht bedeuten, daß wir widerspruchslos die komplette Wirtschaftsordnung der BRD übernehmen.

ExtraBlatt: Was sollte denn anders sein?

Grimm: Wir benötigen z. B. ein anderes Steuerrecht. Ein Großteil der erwirtschafteten Profite sollte für das Gemeinwohl genutzt werden. Ein starker Akzent sollte auf alternativen Eigentumsformen liegen, beispielsweise auf der genossenschaftlichen Organisation.

ExtraBlatt: Ist es nicht etwas blauäugig, daß sich BRD-Unternehmen vorschreiben lassen, wie ihr in der DDR erzielter Gewinn verwendet wird?

Grimm: Auch hier geht es – genauso wie politischem Gebiet – darum, zu einer vernünftigen Einigung zu kommen, die beiden Seiten gerecht wird. Außerdem glaube ich sehr wohl, daß das Interesse bundesdeutscher Konzerne groß genug ist, um auch bei höherer Gewinnbesteuerung in der DDR zu investieren. Die DDR stellt schließlich einen erheblichen Markt dar, auf dem eine Nachfrage nicht nach Butter, Brot und Milch besteht, sondern nach Kassettenrecordern, Autos und anderen hochwertigen Konsumgütern.



Will Vorsitzender der Jungen Sozialdemokraten werden: Arne Grimm. Foto: Toni Nemes

ExtraBlatt: Wie sollte sich nach Ihrer Meinung der politische Vereinigungsprozeß abspielen?

Grimm: Wir brauchen gemeinsame Gremien, die diese Einigung vernünftig vorbereiten. Es kann nicht angehen, daß die DDR einfach das Grundgesetz der Bundesrepublik übernimmt. Es muß eine verfassunggebende Versammlung konstituiert werden, die paritätisch mit Politikern der BRD und der DDR besetzt ist.

ExtraBlatt: Sind die Jungen Sozialdemokraten ein eigenständiger Jugendverband oder nur der verlängerte Arm der SPD?

Grimm: Wir verstehen uns ausdrücklich als Interessenvertreter der DDR-Jugendlichen. Wir wollen jugendpolitische Themen aufgreifen. Von der SPD abgrenzen wollen wir uns natürlich nicht, aber wir werden auf jeden Fall eigene Akzente setzen.

ExtraBlatt: Wie groß ist eigentlich das Interesse der DDR-Jugend an Politik?

Grimm: Man wird zur Zeit ganz generell-verstärkt mit einer apolitischen Haltung bei vielen Jugendlichen konfrontiert – und das ist bedenklich. Vielen ist es egal, ob morgen die Regierung wechselt oder nicht. Hier haben wir eine wichtige Aufgabe, den Jugendlichen klarzumachen, wieviel auch von ihrer Wahlentscheidung am 18. März abhängt.

Bessere Integration für alle Ausländer

Für Mitspracherecht auf allen Ebenen

Für eine rechtliche und tatsächliche Gleichstellung und die Integration der ausländischen Mitbürger spricht sich die SPD in ihren „ausländerpolitischen Leitlinien" aus. Mit einem neuen Ausländergesetz sollen Rechtssicherheit und Gleichberechtigung gewährt werden.

Das zukünftige Ausländergesetz soll nach den Vorstellungen der SPD von den Gesichtspunkten der „maximal möglichen Inländergleichbehandlung, der Berechenbarkeit, Transparenz und Übersichtlichkeit sowie der Einklagbarkeit" ausgehen. Jegliche Diskriminierung und Willkür durch interne Regelungen will die SPD ausdrücklich ausschließen.

In neu zu schaffenden Ausländerbehörden sollen die ausländischen Mitbürger eine zielgerichtete Rechtsberatung und Rechtsbeistand erhalten. Weiter befürwortet die SPD die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft, die durch bi- und multilaterale Abkommen zu gewährleisten sei.

Das kommunale Ausländerwahlrecht soll beibehalten werden. Ferner wird in den ausländerpolitischen Leitlinien gefordert, „zukünftig das aktive Wahlrecht für Ausländer mit ständigem Wohnsitz nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt für die oberste Volksvertretung zu gewähren".

Ferner will die SPD eigenständige Interessenvertretungen der ausländischen Mitbürger fördern. Den Ausländerorganisationen soll zu sie betreffenden Fragen auf allen Ebenen staatlicher Entscheidungen das Mitspracherecht eingeräumt werden.

Den ausländischen Werktätigen per Regierungs- und Werksabkommen will die SPD die gleiche Fürsorge wie den inländischen Kollegen gewähren. Dies gelte insbesondere für den Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz sowie für die medizinische und soziale Betreuung. Ihr Anspruch auf Arbeit sei bis zum Auslaufen des Abkommens unbedingt zu sichern, heißt es in den Leitlinien weiter: „Eigenmächtige Kündigungen seitens der Einsatzbetriebe sind unzulässig, denn sie führen zu unvorhergesehenen menschlichen Härten."



Gleiche Rechte für alle: ausländische Kollegen aus Kuba und Vietnam. Foto: Paul Glaser

Für Reform des Rentensystems

Die SPD will unmittelbar nach den Volkskammer-Wahlen Verhandlungen mit der BRD über einen Ausgleich der Belastungen bei den Renten führen. Sie fordert eine schrittweise Form und Harmonisierung des Rentensystems.

Diese Reform sei nötig, da die Renten in der DDR „bei weitem nicht die notwendige Absicherung im Alter oder bei vorzeitiger Berufsunfähigkeit" böten, heißt es im SPD-Wirtschaftsprogramm. Nach den Vorstellungen der SPD müßten die Renten einen bestimmten Prozentsatz des im Laufe des Berufslebens erzielten durchschnittlichen Gehalts betragen. Analog der wirtschaftlichen Leistungssteigerung sollten sie automatisch angehoben werden. Eine darüber hinausgehende Altersabsicherung sollte dem einzelnen überlassen werden.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Die SPD strebt ein Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsgesetz an. Die Rechte sollen durch gewählte Betriebsräte und unabhängige Gewerkschaften wahrgenommen werden. Vor allem in drei Bereichen soll es Mitbestimmung geben: am Arbeitsplatz – beim Vollzug der Arbeit sowie bei Konzeption und Einführung neuer Organisationsformen; im Betrieb – bei Entscheidungen über Arbeitsbedingungen und Organisation, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Qualifikation und Weiterbildung; im Unternehmen – durch Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat. Im SPD-Wirtschaftsprogramm heißt es dazu: „Mitbestimmungsrechte sollen die Interessen der Arbeitnehmer wahren und zu einem produktiven Miteinander von Geschäftsführung und Arbeitnehmer beitragen."



Wollen Frauen-Power in der SPD: Marga Schröder, Gerlinde Schnell und Angelika Barbe. Foto: Nemes

Quote für die Frauen

ASF erzielt wichtigen Erfolg auf SPD-Parteitag

In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie schon viel erreicht: die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen" (ASF), die am 10. Februar in Berlin gegründet wurde. Ihr wichtigster Erfolg war bislang – auf dem SPD-Parteitag in Leipzig – die Durchsetzung der 30-Prozent-Quote für alle Parteiämter.

„Es ist außerordentlich wichtig, daß Frauen auf allen Entscheidungsebenen ihre ganz spezifischen Erfahrungen miteinbringen", betont Marga Schröder aus Berlin. Sie gehört einem Arbeitsausschuß an, der die für den 7. April angesetzte offizielle Konstituierung der ASF vorbereitet.

Zu den Initiatorinnen der SPD-Frauenorganisation gehören auch SPD-Vorstandsmitglied Marie-Elisabeth Lüdde aus Weimar und Gerlinde Schnell aus Greifswald. Im organisatorischen Aufbau und bei inhaltlichen Akzenten haben sich die Sozialdemokratinnen eng an der bundesdeutschen ASF orientiert. „Wichtig war, daß uns die SPD-Frauen aus dem Westen Mut gemacht haben. Wir haben die große Chance, auf ihre Erfahrungen zurückzugreifen und daraus zu lernen", meint Gerlinde Schnell.

Auf eine Grundsatzdiskussion über den Sinn oder Unsinn einer Quotenregelung haben sich die ASFlerinnen nicht eingelassen. „Es gibt genug motivierbare und lernfähige Frauen, die Partei- und Regierungsämter kompetent ausfüllen können." Davon sind die Sozialdemokratinnen überzeugt.

Sie unterstreichen aber auch ganz bewußt ihre Solidarität mit den Männern. „Wir setzen uns für eine echte Gleichstellung ein, die schließlich auch bedeutet, daß Frauen *und* Männer die Wahl haben, ob sie sich für den Erziehungsurlaub oder die Fortsetzung der Berufsarbeit nach der Geburt eines Kindes entscheiden", nennt Marga Schröder ein ganz konkretes Beispiel.

In der Vergangenheit habe die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der DDR lediglich auf dem Papier bestanden. Jetzt sei es erforderlich, sowohl die Gesetzgebung als auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern.

Die Gleichstellung müsse – auch beim bevorstehenden Vereinigungsprozeß mit der Bundesrepublik – verfassungsrechtlich verankert werden.



Einflußnahme: SPD-Parteitagsdelegierte. Foto: Paul Glaser

Grundsätzlich steht die ASF allen Frauen in der DDR zur Mitarbeit offen. Stimm- und antragsberechtigt können allerdings – nach der Konstituierung – ausschließlich Sozialdemokratinnen sein, die automatisch mit ihrer Mitgliedschaft in der SPD zur ASF gehören.

Vor Ort, an der Basis, wollen die ASFlerinnen möglichst viele Frauen zur Mitarbeit ermuntern, „denn angesichts der zahlreichen schwerwiegenden Probleme auf sozialem, ökonomischem und ökologischem Gebiet in der DDR brauchen wir die solidarische Zusammenarbeit", erklärt Gerlinde Schnell.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt wollen die SPD-Frauen auf den europaweiten Rüstungsabbau und die Förderung der Völkerverständigung setzen. „Es wäre schon viel erreicht, wenn konsequent ein Großteil der für Rüstung bereitgestellten Mittel umgelenkt würde in den sozialen Bereich; wenn diese Gelder Rentnern und gesellschaftlichen Randgruppen zugute kämen", so Marga Schröder. Von entscheidender Bedeutung sei außerdem die Veränderung des Erziehungs- und Bildungssystems.

Die SPD-Frauen, soviel steht fest, werden in den kommenden politisch nicht ganz einfachen Wochen und Monaten ihre Kompetenzen einbringen. Auf ein gesellschaftliches Abstellgleis lassen sich die Frauen in der DDR ebensowenig stellen wie die Frauen in anderen Ländern.

Eppelmann in Bonn auf Kurs getrimmt

Pfarrer Rainer Eppelmann vom Demokratischen Aufbruch ist während des Bonnbesuchs der Modrow-Regierung von Kanzleramtsminister Seiters (CDU) auf die offizielle Bonner Regierungslinie getrimmt worden. Dies jedenfalls behauptet die in Dortmund erscheinende Westfälische Rundschau. Auch anderen Beobachtern war die Kehrtwende Eppelmanns bei der Einschätzung des Treffens zwischen Modrow und Kohl aufgefallen. Zunächst hatte Eppelmann seiner Enttäuschung über die Gesprächsergebnisse freien Lauf gelassen. Doch tags darauf vollzog er – nach dem Gespräch mit BRD-Minister Seiters – eine scharfe Kehrtwende: Der Besuch, so ließ der Aufbruch-Mann seine verdutzten Zuhörer wissen, sei ein voller Erfolg für die DDR-Regierung. Man müsse „Bundeskanzler Kohl dankbar sein, daß er uns finanziell absichern will."

Pressestimmen

Das war auch ein Rekord auf dem SPD-Parteitag: Rund 500 Journalisten aus dem In- und Ausland waren in Leipzig dabei, um die Ereignisse zu kommentieren. Hier eine kleine Auswahl aus BRD-Zeitungen:

„Die Welt": Der Entwurf des SPD-Programms, in Leipzig vorgelegt, enthält Grundpositionen – mit der Forderung nach „grundlegenden Reformen der DDR-Wirtschaft" –, die erfreuliche marktwirtschaftliche Ansätze aufweisen. Und das zum Auftakt von der Vorstandssprecherin Angelika Barbe abgegebene Bekenntnis zur sozialverträglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten spiegelt eine realistische Sicht. Die DDR-Sozialdemokraten bekunden die Absicht, sich bei der Schaffung neuer wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Rahmenbedingungen an der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft zu orientieren.

„Generalanzeiger": Die Sozialdemokraten zeigen sich in Leipzig selbstbewußt. Sie sind überzeugt, nach der Wahl die Schlüsselpositionen in der künftigen Regierung besetzen und den Umbau der DDR-Gesellschaft bewerkstelligen zu können. Mit soviel persönlich anwesender SPD-Prominenz aus der Bundesrepublik als Rückenstärkung sieht mancher SPD-Delegierte den Wahlsieg offenbar schon halb in der Tasche. Deshalb die berechtigte Mahnung aus den eigenen Reihen, nicht zu sehr auf die Umfrageergebnisse zu bauen.

„Süddeutsche Zeitung": Mit ihrem Leipziger Parteitag haben die DDR-Sozialdemokraten eine Ortsbestimmung versucht, die, gemessen an der Kürze der Zeit, in der die Partei existiert, achtbar ausgefallen ist. Aber ob sich an diesem Ort auch die DDR-Wähler aufhalten, gar eine Mehrheit, die dazu ausreicht, der DDR-SPD die Führung der Regierung zu verschaffen, muß bis zum 18. März offen bleiben.

„Hamburger Abendblatt": Die SPD in der DDR ist bei allen Unzulänglichkeiten derzeit die handlungsfähigste und kraftvollste Partei. Die Leistungen des Parteitags können sich sehen lassen: Mit überwältigender Mehrheit wurde Ibrahim Böhme, der zunehmend an Statur gewinnt, zum Vorsitzenden gewählt. Ein „Fahrplan zur deutschen Einheit" ist verabschiedet worden. Als einzige deutsche Partei verfügt die SPD zudem über einen gemeinsamen Ehrenvorsitzenden, der als Klammer zwischen der Partei im Osten und der im Westen dient.

„Badische Zeitung": Die DDR-SPD also ist gerüstet. Mit einem klaren Bekenntnis zur Einheit, unterfüttert mit einem Fahrplan, der möglichst schnell zum Zusammenschluß führen soll, und mit einem ungeschminkten Bekenntnis zur Marktwirtschaft treten die Sozialdemokraten zur Wahl an. Das ist ein Angebot, das von politischem Geschick zeugt.

„Rhein-Neckar-Zeitung": Der Countdown rennt. Heute in drei Wochen stehen in der DDR Sieger und Verlierer einer demokratischen Wahl fest. Zum ersten Male kein lächerliches wie auch demütigendes Zettelfalten für die Einheitspartei. Willy Brandt hat recht: Wählen ist jetzt Bürgerpflicht, auch wenn den vielen Unentschlossenen die erste und vermutlich auch letzte freie Volkskammerwahl weit weniger bedeutet als der Kopfsprung in die Einheit. Aber das eine hängt mit dem anderen eng zusammen.

Kontaktadressen der SPD

Berlin: Vorstand der SPD, Rungestraße 3–6, 1020 Berlin, Tel. 27 40 00.
Berlin: SPD-Büro Berlin, Niederwallstraße 1–5, 1080 Berlin, Tel. 2 08 29 78.
Chemnitz: (Karl-Marx-Stadt): SPD-Büro Chemnitz, Karl-Marx-Allee 12, 9010 Chemnitz, Tel. 6 55 20 68-69.
Cottbus: SPD-Büro Cottbus, Spremberger Straße 19, 7500 Cottbus, Tel. 2 32 03.

Dresden: SPD-Büro Dresden, G. Naumann, Kaitzerstraße 53, 8027 Dresden, Tel. 4 76 68 90.

Eberswalde-Finow: SPD-Büro Frankfurt (Oder), Wilhelm-Pieck-Straße 20, 1300 Eberswalde-Finow, Tel. 3 98.
Erfurt: SPD-Büro Thüringen, Anger 46/48, 5020 Erfurt, Tel. 2 22 05.
Halle: SPD-Büro Halle, Große Klausstraße 11, 4020 Halle, Tel. 2 31 13.
Leipzig: SPD-Büro Leipzig, Bernhard-Göring-Straße 152, 7030 Leipzig, Tel. 31 21 02 und 3 91 11 89.
Magdeburg: SPD-Büro Magdeburg, Erzbergerstraße 10, 3010 Magdeburg, Tel. 5 16 66.

Neubrandenburg: SPD-Büro Neubrandenburg, Südbahnstraße 12, 2000 Neubrandenburg, Tel. 6 61 04.

Potsdam: SPD-Büro Potsdam, Otto-Nuschke-Straße 54–55, 1560 Potsdam, Tel. 2 20 30.

Rostock: SPD-Büro Rostock, Thomas-Mann-Straße 15, 2500 Rostock, Tel. 3 49 75 und 3 49 76.

Schwerin: SPD-Büro Schwerin, Großes Moor 2–6, 2750 Schwerin, Tel. 81 20 58.



Begegnungen am Rande des SPD-Parteitages in Leipzig: Frauenrunde mit der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD (Bundesrepublik), Herta Däubler-Gmelin, und ihrer Kollegin im SPD-Vorstand (DDR), Angelika Barbe (rechts).

Ex-SEDler in der DSU

Genau wie die CDU scheint die DSU nur ein Wahlkampfthema zu kennen: die angebliche Unterwanderung der SPD von ehemaligen SED-Funktionären.

Richtig ist, daß allenfalls unter acht Prozent der mittlerweile über 80 000 SPD-Mitglieder ehemals bei der SED waren und sich heute einem speziellen Aufnahmeverfahren mit Wartezeiten stellen müssen. Das besonders Perfide an der Schmutzkampagne: Die CDU will mit diesem „dummen Entlastungsangriff" (SPD-Vorstandsmitglied Stefan Finger) davon ablenken, daß sie als ehemalige Blockpartei die Politik der SED vierzig Jahre lang mitgetragen hat. Die konservative DSU verschweigt darüber hinaus, daß sich in ihren Reihen zahlreiche Ex-SEDler befinden: zum Beispiel der DSU-Vorsitzende und Arzt aus Sonneberg in Thüringen, Günther Reißenweber, der immer wieder beteuert, daß er sich seiner SED-Vergangenheit keineswegs schämen müsse. Oder Reißenwebers DSU-Mitstreiter Rolf Dorsch. Der Diplomingenieur erzählte kürzlich seinen neuen politischen „Ziehvätern" von der bayerischen CSU, daß es in der DDR bislang nur drei Möglichkeiten gegeben habe: Opportunist, Kamikaze oder Märtyrer. Er habe sich weder für Kamikaze noch für Märtyrer entschieden und sei folglich bei der SED gewesen.

SPD ist für drastische Abrüstung

Auf drastische Abrüstungsschritte in beiden deutschen Staaten wird die SPD nach den Volkskammerwahlen am 18. März dringen. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik sollten bald nur noch 100 000 und auf dem der DDR nur noch 25 000 deutsche Soldaten stationiert sein, forderte der SPD-Minister in der gegenwärtigen Übergangsregierung, Walter Romberg. Auf dem SPD-Parteitag in Leipzig warnte er vor der Gefahr, daß ein neues gemeinsames Bundesheer an konservative deutsche Militärtraditionen anknüpfen könne. Dagegen müßten schnell die Weichen gestellt werden, zum Beispiel durch ein Amt für Abrüstung in der neuen DDR-Regierung.



Händedruck unter Freunden: Gerd Walter, SPD-Landesvorsitzender aus Schleswig-Holstein und Europa-Abgeordneter, im Gespräch mit Konrad Elmer vom SPD-Vorstand. Fotos: Glaser

Umschulung für Arbeitslose

Für Sozialdemokraten ist klar: Auch eine sozial orientierte Marktwirtschaft kann keine völlige Sicherheit des einzelnen Arbeitsplatzes garantieren. Im Zuge der Umstrukturierung der Wirtschaft der DDR werde es Freisetzungen von Arbeitskräften geben. Deshalb werde die SPD dafür sorgen, heißt es in deren Wirtschaftsprogramm, daß jeder Arbeitslose die Möglichkeit zur Qualifizierung oder Umschulung erhält, damit eine schnelle Wiedervereinigung in das Berufsleben – auch durch gezielte Hilfen zur Gründung einer selbständigen Existenz – ermöglicht wird. Notwendig sei ferner der Aufbau einer Arbeitslosenversicherung. Sie solle verhindern, daß der Verlust eines Arbeitsplatzes zu einem existentiellen Risiko wird.

Gewerkschaften Arm in Arm

Der Berliner Landesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und die FDGB-Geschäftsstellen in Berlin, Potsdam und Frankfurt (Oder) haben einen gemeinsamen Regionalausschuß gegründet. Der Ausschuß soll sich um die gegenseitige Unterstützung bei Arbeitskämpfen und um Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit kümmern. Außerdem soll er helfen, ein Sozialversicherungssystem in der DDR aufzubauen sowie Schwarzarbeit und Währungsspekulation zu verhindern.



Im Kreis der Vorsitzenden: Hans-Jochen Vogel (SPD-BRD), Ehrenvorsitzender Willy Brandt und Ibrahim Böhme (SPD-DDR).

Hans-Jochen Vogel warnt vor Vereinnahmung der DDR

DGB-Chef Breit fordert starke und unabhängige Gewerkschaft

Der Vorsitzende der SPD in der Bundesrepublik, Hans-Jochen Vogel, warnte in Leipzig vor einer Vereinnahmung der DDR. Starke und unabhängige Gewerkschaften forderte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit.

Bei der deutschen Einheit, erklärte Hans-Jochen Vogel, gehe es nicht um die „Annexion herrenlosen Territoriums", sondern um die Vereinigung mit Menschen, die sich selbst die Freiheit erkämpft haben und die nicht als Bittsteller kommen". Die DDR-Bürger hätten „viel Eigenständiges" in die neue Einheit einzubringen. Deshalb, so Vogel weiter, müsse die Einheit „im Geist der Partnerschaft und mit Besonnenheit vollendet" werden.

Der SPD-Chef bemängelte, es habe in den letzten Wochen von seiten des Bundeskanzlers „zuviel gönnerhafte Großspurigkeit und zuviel Überheblichkeit" gegeben. Das beziehe sich nicht nur auf den Umgang mit der DDR, sondern auch auf den Umgang mit der sowjetischen Führung.

Hans-Jochen Vogel bekräftigte erneut, daß die SPD „jeden deutschen Sonderweg" ablehne, auch den einer deutschen Neutralität. Ebenso entschieden widerspreche die SPD der Ausdehnung der NATO bis zur Oder. Statt dessen sei „radikale Abrüstung das Gebot der Stunde".

Des weiteren mahnte Vogel, die soziale Absicherung der Menschen und die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Keine andere politische Kraft, so der SPD-Politiker weiter, habe in den vergangenen 40 Jahren soviel Opfer gebracht wie die Sozialdemokratie.

Vogel dann wörtlich: „Wer diese Opfer schmäht und gleichzeitig selbst eine Blockpartei unterstützt, die alle Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit bishin zum Schießbefehl mitgetragen und mitgemacht hat, der verdient nicht nur Zurückweisung, der verdient Verachtung."

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Dachverbandes der bundesdeutschen Gewerkschaften, Ernst Breit, erklärte vor dem SPD-Parteitag in Leipzig, man müsse „mit großer Eile und gleichzeitig mit großer Sorgfalt" ein soziales Sicherungssystem schaffen. Dieses solle eine Sozialunion befördern, die die Menschen „in der schwierigen Übergangsphase, und sie wird schwierig werden", auffange.

Wenn die Interessen der Arbeitnehmer bei der Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion nicht „hemmungslos unter die Räder" geraten sollten, müßten starke und unabhängige Gewerkschaften geschaffen werden, sagte Breit weiter.

Im Wortlaut:

„Mit der Versöhnung gleich beginnen"

Man hätte eine Stecknadel fallen hören können, als der SPD-Vorsitzende Ibrahim Böhme in Leipzig zum Thema „Versöhnungsgesellschaft" sprach. ExtraBlatt dokumentiert den Wortlaut:

Ich wurde in der Pause mehrfach gefragt, was ich mit dem Versöhnungsprozeß meinte und wurde darauf hingewiesen, daß es zu verstehen gewesen wäre, als ob es einen Versöhnungsprozeß zwischen SPD und PDS geben könne. Ich kann mir vorstellen, daß es einen solchen Versöhnungsprozeß vielleicht nach weiteren 40 Jahren geben könnte, wenn dann die PDS noch besteht.

Wir führen gegen die PDS und nicht nur gegen die PDS, sondern in differenzierter Form gegen alle Blockparteien, die an der Situation dieses Landes und seiner Bevölkerung verantwortlich sind, einen harten, aber fairen Wahlkampf.

Mit Versöhnungsprozeß meine ich einen Versöhnungsprozeß der Gesellschaft im gesellschaftlichen, politischen und individuellen Sinne. Da möchte ich jedes Mitglied der PDS und jedes Mitglied einer anderen Partei oder jeden, der keiner Partei angehörte und sich auch verantwortlich oder schuldig gemacht hat, mit einbeziehen.

Ein Versöhnungsprozeß für die Menschen und mit den Menschen! Wie wollen wir Demokratie ohne Demokratieverständnis erreichen? Wie wollen wir Demokratieverständnis erreichen, ohne ein neues Selbstverständnis der Menschen?

Viele Menschen meinen, sie hätten bereits hier und hier eine belastende Geborgenheit verlassen, und sie hätten bisher, bei der Schnelligkeit des Prozesses, noch gar nicht die Zeit, über das zu reflektieren, was sich außerhalb ihrer Person und in ihnen vollzogen hat. Sie haben nicht rezipiert und perzipiert, sie geben bereits von sich etwas ab — ohne sich angefragt zu haben.

Wenn wir, das ist meine Meinung, Versöhnung wollen, dann sollten wir — und das ist unsere Pflicht — zuerst an die Opfer denken, an die Opfer, die geradestanden, als deutliches Zeichen.

Wir sollten dieses Gedenken einbeziehen, auf daß sich solche Opfer nicht wiederholen.

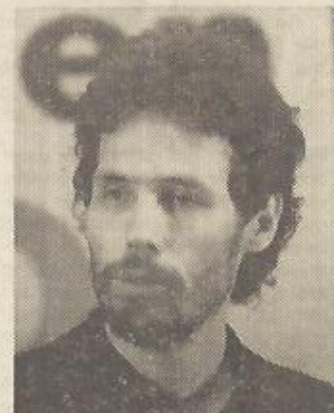
Dann sollten wir an die Menschen denken, die zum Schweigen verpflichtet waren oder in Schizophrenie gelangt sind. In eine Schizophrenie des Schweigenmüssens. Es waren Menschen, die am Ende vielleicht nicht mehr die Kraft hatten, sich nach jedem Tagewerk anzufragen, was sie gesprochen, was sie gedacht, was sie getan haben. Und dann denke ich an die Menschen, die verführt, einem falschen Selbstverständnis aufgewachsen sind. Auch das sind für mich Opfer.

Wenn wir mit dem Versöhnungsprozeß mit den Menschen, nicht mit den Parteien, nicht gleich beginnen und auch offen bekennen, dann nehmen wir den Menschen nicht die Angst vor dem Neuen, dann werden wir in radikale Strukturen gelangen. Und dann machen wir uns schuldig daran, daß sich Menschen bis zum Ende ihres Lebens beschädigen, weil wir ihnen die Chance nehmen, sich anzufragen und an dieser Versöhnung teilzuhaben. Dazu stehe ich.

Sorgen wir dafür, daß wir keine Sprachschablonen bedienen, wenn wir sagen: Vor Sozialdemokraten braucht niemand Angst zu haben. Dann sollten wir das auch leisten. Es beginnt damit, daß wir den Mut haben, das jetzt vor den Wahlen auszusprechen — trotz der Verleumdung, die uns erreichen könnte und trotz der Mißverständnisse. Klären wir die Mißverständnisse auf, aber verschweigen wir uns nicht!

SPD für Amnestie

Für eine sofortige Amnestie aller politischen Häftlinge in der DDR hat sich der neue Geschäftsführer der SPD, Stephan Hilsberg, ausgesprochen. Er forderte, jene Häftlinge zu amnestieren, die noch in Bautzen gefangen gehalten würden, weil sie aus politischen Gründen zu mehr als drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden seien. Nach ExtraBlatt-Informationen handelt es sich hierbei um etwa 200 Personen.



Stephan Hilsberg Foto: Glaser

Verfolgte voll rehabilitieren

Eine volle Rehabilitierung und Wiedergutmachung aller politisch verfolgten Sozialdemokraten hat sich die SPD zur Aufgabe gemacht.

Von den Verantwortlichen in der SED und ihren Nachfolgeorganisationen fordern die Sozialdemokraten, daß sie die Zwangsvereinigung von SPD und KPD „annulieren und von Anfang an für ungültig erklären. Weiter heißt es in einer Entschließung: „Wir dürfen als wiedererstandene SPD in der DDR die Opfer und die Leiden der verfolgten Sozialdemokraten nicht vergessen und nicht zulassen, daß dieses Unrecht weiter totgeschwiegen wird."